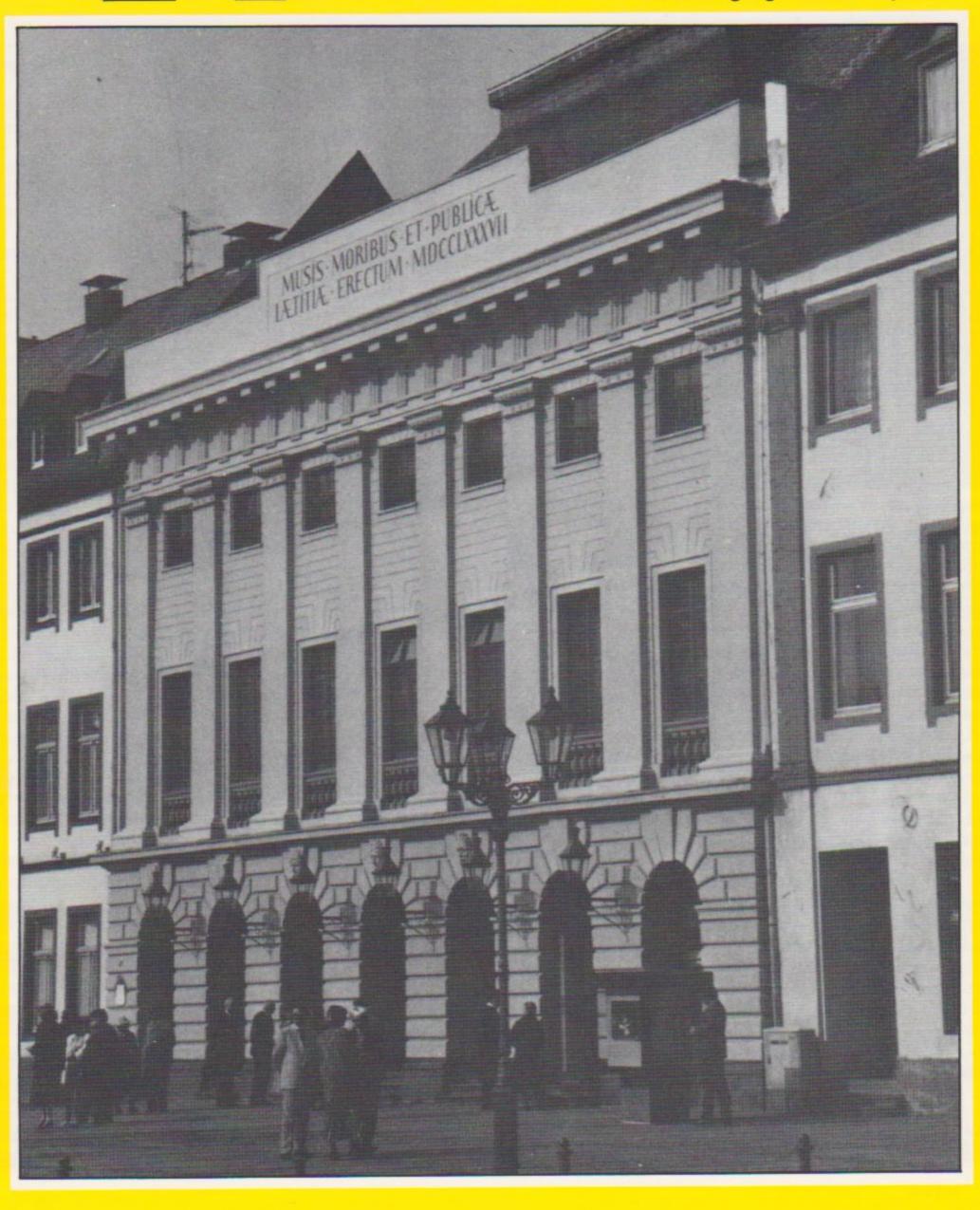
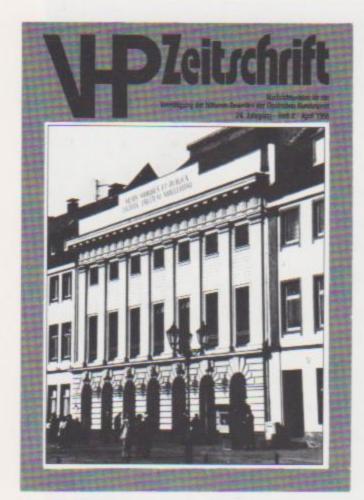
\ Dietschrift

Nachrichtenblatt für die Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost 24. Jahrgang · Heft 2 · April 1988



INHALTSVERZEICHNIS



Zum Titelbild:

Im Stadttheater wird am 9. Mai 1988 um 14.00 Uhr mit der Eröffnungsveranstaltung der diesjährige Delegiertentag in Koblenz eingeleitet. Weitere Informationen liefern die in diesem Heft veröffentlichten Beiträge "Der Tagungsort stellt sich vor" (Fotos von Erich Held) und "Ein Streifzug durch den Bezirk".

Johann Paffen	
Aus der Arbeit des Bundesvorstandes	3
Wir gratulieren	5
Post 2000	7
Rolf Adrian Der Tagungsort stellt sich vor	8
Manfred Henjes OPD Koblenz – Ein Streifzug durch den Bezirk	15
Aus den Bezirken	17
Hans Jürgen Schark 5. und 6. Febr. '88 Beiratssitzung in Dortmund	18
Frieder Lauxmann Kleine Anmerkungen zu großen Denkern	19
Die Überwindung der Ordnung	21
Wolfgang Blankenstein Graz hat's	22

VHP-Zeitschrift

Herausgeber: Bundesvorstand der Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost, Postfach 12 00, 4600 Dortmund 1.

Redaktion: Hans Jürgen Schark (verantwortlich); Werner Heise; Horst Plath; Peter Schmedes.

Anzeigenverwaltung: Fred Dittmer.

Anschrift der Redaktion: Postfach 60 02 00, 2000 Hamburg 60, Telefon (0 40) 2 39 56 50 und 63 88 46 10.

Die mit Namen gezeichneten Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der Meinung des Bundesvorstandes deckt, wird dies ausdrücklich erwähnt.

Druck: Kröger Druck, 2000 Wedel bei Hamburg.

AUS DER ARBEIT DES BUNDESVORSTANDES

Gespräch mit der DPG

Am 27. 01. 88 führte der Bundesvorstand in Bonn mit dem Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft ein Gespräch über die Neuordnung der DBP. Von seiten der DPG nahmen an dem 3-stündigen Gedankenaustausch die stellvertretenden Vorsitzenden Zemlin, E. Bock sowie die Herren Vetter und Lechner teil.

Unser Bundesvorstand war durch die Kollegen Pfaffen, Jeromin und Blan-

kenstein vertreten.

Der Hauptvorstand der DPG ließ zwar in dem Gespräch einen gewissen Handlungsbedarf für Reformen erkennen, wandte sich aber entschieden gegen eine Trennung der DBP in drei selbständige Unternehmen. Wesentliche Ziele sind für die DPG die Einheit von Post- und Fernmeldewesen, die Gemeinwohlorientierung der DBP und die Einnahmesicherung. Wenngleich wir diesen Zielen neben anderen - wie z. B. stärkere Hinwendung zu unternehmerischem Handeln mit größerer Kundenorientierung – zustimmen konnten, so ergaben sich doch in der Zielverwirklichung deutliche Unterschiede.

Eine Fortsetzung des Meinungsaustausches wurde vereinbart.

Referentenentwurf eines Poststrukturgesetzes

Mit Schreiben vom 01. 03. 88 hat der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen dem Bundesvorstand seinen Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens (PostStruktG) samt Begrundung sowie die Konzeption der Bundesregierung zur Neuordnung des Telekommunikationsmarktes übersandt, die den Ressorts der Bundesregierung zur Abstimmung zugeleitet worden sind.

Am 08. 04. 88 soll darüber ein Gespräch des BV mit Staatssekretär Dr. Florian stattfinden.

Gespräch mit MdB Funke (FDP)

Am 02. 03. 88 kam der geschäftsführende Bundesvorstand (Paffen, Jeromin, Blankenstein) zu einem Meinungsaustausch mit dem postpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Rainer Funke zusammen.Gegenstand des Gespräches war die Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens.

Die von Herrn Bundestagsabgeordneten Funke in dem Gespräch vertretenen Auffassungen kommen am besten in einer Presseerklärung der FDP-Fraktion vom 01. 03. 88 zum Referentenentwurf des BPMin zum Ausdruck, die folgenden Wortlaut hat:

Die FDP begrüßt, daß der Bundespostminister nunmehr den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung des Post-und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost vorgelegt hat. Damit kann endlich Spekulationen und den unsachlichen Unterstellungen, die von interessierter Seite in den letzten Monaten gestreut wurden, begegnet werden. Wir werden das umfangreiche Gesetzeswerk mit seinen Begründungen gründlich prüfen und gegebenenfalls Anderungswünsche einbringen.

Positiv ist die Aufteilung in drei Dienste, die der Entwurf vorsieht: Nämlich in "gelbe Post", Telekom und Postbankdienste. Die Schaffung eines gemeinsamen Direktoriums zur Festlegung von Grundsätzen einer gemeinsamen Geschäftspolitik ist durchaus zweckmäßig. Es darf jedoch nicht dazu führen, daß auf Dauer eine Quersubventionierung erfolgt; vielmehr sollen die Unternehmen -jedes für sich- erfolgreich, d. h.gewinnbringend arbeiten. Auch im Bereich der gelben Post ist das möglich, wenn —wie im Poststrukturgesetz vorgesehen-politische Lasten auch von den politisch handelnden Organisationen getragen werden. Die Bildung eines Vorstandes und eines Aufsichtsrats bei den drei Unternehmensbereichen hält die FDP für richtig. Damit wird auch das wirtschaftliche Eigeninteresse der Un-

ternehmensbereiche betont. Nunmehr muß darauf geachtet werden, daß die Vorstandsmitglieder sich auch als Unternehmer verstehen und nicht nur bisherige Beamte zu Vorstandsmitglieder umfunktioniert werden. Es darf nicht das Motto "alter Wein in neuen Schläuchen" gelten.

Fraglich ist, ob die im Entwurf vorgesehene Flexibilisierung des Dienstrechts bereits - insbesondere im technischen Dienst - ausreicht. Insgesamt verschafft das Poststrukturgesetz dem Bundespostminister die Möglichkeit, durch Delegierung von Verantwortung das Gesamtunternehmen Deutsche Bundespost besser und effektiver im Interesse der Bevölkerung zu leiten als bisher. Diesen unternehmenspolitschen Ansatz unterstützt die FDP.

Im Telekommunikationsbereich sind eine Reihe von Verbesserungen im Sinne einer Liberalisierung festzustellen. Der Postminister hält zwar am Netzmonopol grundsätzlich fest. Er geht aber selbst davon aus, daß das ausschließliche Recht, Fernmeldenetze zu errichten und zu betreiben, in Zukunft begrenzt und eng ausgelegt werden muß. Insbesondere in diesem Bereich wird bei den weiteren Beratungen ein Schwerpunkt gesetzt werden müssen, um weitere Ausnahmen vom Netzmonopol zu ermöglichen. Die Satelliten-Kommunikation und auch der Mobilfunk sollen dem Wettbewerb stärker ausgesetzt werden. Insoweit wird es keinen Monopolanspruch der Bundespost mehr geben. Der Wettbewerb wird den Nutzern der Deutschen Bundespost zugute kommen.

Insgesamt kann der Entwurf des Bundespostministers als ein positiver Beitrag in der ordnungspolitischen Diskussion und als weiterer Schritt zur Modernisierung des Dienstleistungsunternehmens "Post" betrachtet werden. Das schließt nicht aus, daß insbesondere im technischen Bereich noch Anderungen im Gesetzentwurf vorgenommen werden mussen

Demgegenüber haben wir die Positionen unserer Stellungnahme zum Be-

BUNDESVORSTANDES

richt der Regierungskommission vertreten. Daraus ergaben sich eine Reihe von Übereinstimmungen, aber z. T. auch unterschiedliche Auffassungen, so z. B. hinsichtlich des Netzmonopols. Der FDP geht der Referentenentwurf des Poststrukturgesetzes nicht weit genug. Nach Auffassung von Abg. Funke müssen noch weitere Schritte zum Monopolabbau folgen.

Vortragsveranstaltung der AhD

Am 3. Februar 1988 fand im Bonner Wissenschaftszentrum eine Vortragsveranstalung der Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes mit einem Referat von Prof. Dr. jur. Josef Isensee, Universitat Bonn, zum Thema "Beamtentum: Sonderstatus in der Gleichheitsgesellschaft" statt. Dem Vortrag wohnten ca. 100 Gäste aus dem Bundestag, den Bonner Behörden und der Wissenschaft teil. Das BPM war durch die Herren MinDirig Dr. Reinfeld und MinR Dr. Hofmann vertreten. Für den Bundesvorstand der VHP waren die Kollegen Paffen, Blankenstein und A. Müller anwesend.

Der sehr aufschlußreiche Vortrag von Prof. Isensee, der ein äußerst engagierter Befürworter des Berufsbeamtentums ist und in seinem Referat u. a. auch auf das öffentlich-rechtliche Amtsverhältnis einging, wird in der Reihe "Verantwortung und Leistung" der AhD veröffentlicht.

"Fischessen" der AhD am Aschermittwoch

Auch in diesem Jahr lud die Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Diensten (AhD) leitende Beamte aus den Bundesministerien und den Ländervertretungen in Bonn zu einem informellen Kontakt und Informationsgespräch am Aschermittwoch, dem 17. Februar 1988, mit anschließendem Fischessen ein. Neben Vertretern anderer Verbände nahm auch der Bundesvorsitzende der VHP an dem Treffen

teil, das von Prof. Dr. Battis, dem Rektor der Fernuniversität Hagen und bekannten Öffentlichrechtler, eingeleitet wurde.

Folgende Herren der Bonner Behörden waren der Einladung gefolgt:

MinDir Breier, Bundesministerium des Inneren

MinDir Dr. Bertele, Auswärtiges Amt MinDir Dr. Klemm, Bundesministerium der Finanzen

MinDir Dr. Niemeyer, Bundesministerium für Arbeit und Sozialwesen MinDirg Neukirchen, Landesvertretung Rheinland-Pfalz

RegDir Haferkamp, Bundeshaus. Die Vertreter der AhD hatten Gelegenheit, viele aktuelle Probleme des öffentlichen Dienstes, wie z. B. Erhalt des eigenständigen Versorgungssystems für die Beamten und Vorlage des Strukturberichts zur Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstrechts, in angenehmer und aufgelockerter Atmosphäre anzusprechen und zu diskutieren.

"Strukturbericht" der Bundesregierung

Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe hatte die Bundesregierung den Strukturbericht zur Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstrechts, der schon längst überfällig ist, noch immer nicht vorgelegt, obwohl Innenminister Zimmermann bei der beamtenpolitischen Arbeitstagung des DBB in Bad Kissingen Mitte Januar die baldige Vorlage dieses Berichts angekündigt hatte.

Seit Juni 1987 liegt dieser vom Innenminister erarbeitete Bericht im Entwurf vor. Darin werden Korrekturen im Besoldungsbereich — u. a. Aufhebung der Absenkung der Eingangsbesoldung — und bei der Versorgung vorgeschlagen. Die Situation Ende Februar wird am besten durch einen Artikel in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" unter der Überschrift "Stoltenberg sperrt sich" vom 18. 02. 88 beleuchtet, den wir nachfolgend in verkürzter Form wiedergeben:

"Die Verhandlungen zwischen dem Innen- und dem Finanzministerium über einen "Strukturbericht" der Bundesregierung zur Lage des öffentlichen Dienstes verzogern sich wegen damit moglicherweise verbundener Mehrausgaben. Anfang des Jahres hatte Innenminister Zimmermann erkennen lassen, der Bericht werde spätestens im Februar vom Kabinett verabschiedet. Jetzt heißt es, die Ressortabstimmungen dauerten noch an, der Termin einer Kabinettsentscheidung lasse sich noch nicht absehen. Finanzminister Stoltenberg sperrt sich, wie in Bonn zu erfahren war, dagegen, die Senkung der Eingangsbesoldung generell zurückzunehmen. Er wolle sie auf Beamte im technischen Dienst beschränkt wissen und lehne Zimmermanns weitergehende Vorstellungen ab. Ferner habe er weitergehende Härteregelungen im Versorgungsrecht abgelehnt; eine Anrechnung von Renten bei Pensionsempfangern ist kurzlich vom Bundesverfassungsgericht bestatigt worden. Gegenüber dem Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Hagedorn, wies Stoltenberg auf die verschlechterten finanziellen Rahmenbedingungen und die zusätzlichen Ausgaben hin, welche den Bund wegen der EG-Beschlüsse belasteten. "

Für eine schnelle Vorlage des Strukturberichts hat sich Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) in einem Interview mit der Monatszeitschrift des Deutschen Beamtenbundes eingesetzt. Zur Begründung verweist Späth insbesondere auf Nachwuchsprobleme des öffentlichen Dienstes. So beobachte er "mit großer Sorge", daß dem öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg der qualifizierte Nachwuchs "ganz stark von der Industrie weggenommen" werde. Eine "große Schwäche" sieht Späth in diesem Zusammenhang in der Absenkung der Eingangsbesoldung, mit der man "nicht mehr lange leben" könne. Auch bei den Anwarterbezugen ist Spath der Meinung, daß die Kürzung "zum großen Teil" zurückgenommen werden müsse.

WIR GRATULIEREN

Bundesverdienstkreuz für Manfred Pickert

Der öffentliche Dienst müsse auch bei der Bezahlung in der Lage sein, den Wettbewerb mit den privaten Institutionen auszuhalten.

Die übrigen Länderchefs (mit Ausnahme Bayerns) sollen allerdings dem Vernehmen nach aus Kostengründen Strukturverbesserungen im öffentlichen Dienst ablehnen.

Bundesvorstand tagte in Dortmund

Am 21. 03. 88 tagte der BV in Dortmund. Wesentlicher Tagesordnungspunkt war die Beratung eines Leitantrages zur Neustrukturierung der DBP zum Delegiertentag in Koblenz. Auf Anregung der VHP und auf Vorschlag des Präsidenten des Senats der Freien und Hansestadt Bremen hat der Bundespräsident

Herrn Leitenden Postdirektor Dipl.-Ing. Manfred Pickert

das Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

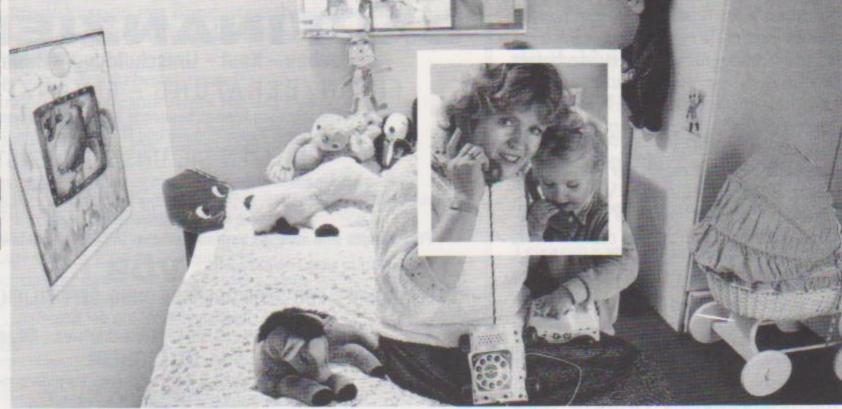
Die Ordensinsignien wurden am Montag, dem 22. Februar 1988, im Gobelinzimmer des Bremer Rathauses durch Arbeitssenator Konrad Kunick überreicht. Der VHP-Bundesvorstand war durch die Kollegen Günter Bock, Joseph Henkel und Wolfgang Blankenstein vertreten. Im Anschluß an Senator Kunick sprachen Bundesgeschäftsführer Blankenstein und der Vizepräsident der Oberpostdirektion Bremen Dr. Ing. Miethig zu Ehren von Manfred Pickert. Manfred Pickert gehörte von 1968 an 17 Jahre dem Bundesvorstand der VHP an. Von 1975 bis 1985 war er 10 Jahre Stellvertretender Vorsitzender unserer Vereinigung.

Senator Kunick führte aus:

"Der Zeitabschnitt, in dem Pickert an führender Stelle des Bundesvorstandes der VHP Verantwortung trug, war gekennzeichnet durch eine Fülle von Innovationen auf dem Gebiet der Telekommunikation und organisatorischen Änderungen bei der Bundespost sowie

Altersvorsorge, Versicherungen, Bausparen und Investment





Zum Beispiel durch die richtige Unfallversicherung.

Auch bei der Absicherung der eigenen Familie kommt es auf den richtigen Partner an. Das SSP-Spezial-Privatschutz-Programm der VÖDAG ist die ideale Kombination: Unfall-, Haftpflicht-, Hausrat- und Glaspauschalversicherung.

Es lohnt sich, einmal nachzufassen.
Der Iduna-Fachmann berät Sie – genau abgestimmt auf Ihren persönlichen Rahmen. Iduna, Abt. IS (E), Postfach 30 27 61,

2000 Hamburg 36.





von Fortentwicklungen im öffentlichen Dienstrecht. Zu seinen Aufgaben gehörte die Tagungsleitung der Jahresversammlungen der VHP. Pickert verfaßte eine Reihe von Beiträgen für die Zeitschrift der Vereinigung, die über den Rahmen des Interessenverbandes hinaus Beachtung fanden."

Hieran anknüpfend sagte VHP-Bundesgeschäftsführer Wolfgang Blankenstein:

"Durch derartige Arbeiten hast Du im Laufe der Zeit den Ruf des berufspolitischen Vordenkers, oder wie andere es nannten, den Ruf eines Chefideologen erworben.

Es war eine glückliche Fügung für unseren Verband, daß Du 1975 als Stellvertretender Vorsitzender in dem Vorsitzenden Jürgen Wehran einen gleichgesinnten Kollegen fandest. Beide hattet Ihr das Ziel, die Vereinigung aus ihrer Nabelschau besoldungspolitischen herauszuführen. Von da an wurde die Auseinandersetzung mit unternehmenspolitischen Fragen der Deutschen Bundespost in unserer Vereinigung merklich intensiviert. Wie vorausschauend und wichtig das damals war, bedarf 1988 an der Schwelle zur Neustrukturierung der Deutschen Bundespost keiner weiteren Erläuterung.

Als 1980 Johann Paffen den Vorsitz unserer Vereinigung übernahm, war es nur logisch, daß Du für den Bereich Unternehmenspolitik Deutsche Bundespost und für Angelegenheiten der fernmeldetechnischen Laufbahn zuständig warst. Die Maxime Deines beruflichen und berufspolitischen Wirkens kann man in etwa folgender Weise formulieren: "Die Führungskräfte der Deutschen Bundespost sind in ihrem Willen zu stärken, das Unternehmen

für den Bürger, unseren Kunden, noch leistungsfähiger zu machen'."

Vizepräsident Dr. Miethig dankte Manfred Pickert für sein berufspolitisches Engagement, das sich im beruflichen Wirken wiederfindet.

Aus dienstlichen Gründen war der Bundesvorsitzende Johann Paffen verhindert, Manfred Pickert persönlich die Glückwünsche der Kollegenschaft zu überbringen; er schrieb:

"Ich freue mich sehr darüber, daß Dir als meinem langjährigen Weggefährten in der Arbeit der VHP diese hohe Ehrung zuteil wird. Für Deine aufopfernde Tätigkeit im Dienste unserer

Vereinigung, für die Du auch eine Unmenge an Freizeit eingesetzt hast, möchte ich Dir im Namen der Kollegen des höheren Dienstes danken und wünsche Dir für die Zukunft alles Gute." Im Anschluß an die feierliche Ordensüberreichung hatte der VHP-Bundesvorstand zu einem Mittagessen eingeladen, an dem 18 geladene Gäste teilnahmen. In einer Tischrede würdigte der Stellvertretende Vorsitzende des VHP-Bezirksvereins Bremen, Karl Leberl, die Verdienste von Manfred Pickert. In seiner Dankesrede hob Manfred Pikkert hervor, daß die Tätigkeit im Bundesvorstand von ihm nie als Last emptunden wurde. Auf der einen Seite stand das persönliche Engagement - als Ausgleich dafür auf der anderen Seite Begegnungen mit zahlreichen Persönlichkeiten, die stets mit Informationen aus erster Hand verbunden waren. Aktive Betätigung in unserer Vereinigung lohnt sich, so sein Appell an die jüngeren Kollegen.

BAUFINANZIERUNG

Neubau - Kauf - Umschuldung - Renovierung

FINANZBERATUNG - FINANZPLANUNG

Selbstverständlich können beratende Maßnahmen vermittelt werden. Sie sollten mehr über Kapitalbildung und Finanzierung von Grunderwerb wissen

NUTZEN SIE UNSERE DIENSTE

Fordern Sie einen Erfassungsbogen an mittels nachstehendem Gutschein Unsere SONDERPROGRAMME, abgestellt auf Ihre persönlichen Voraussetzungen, bringen IHNEN erhebliche Kostenersparnisse!

Finanzfragen sind mehr als Vertrauenssache. Unsere Resultate können Sie nachrechnen!

Ihr Partner in allen Finanzfragen:

VÖB

GESELLSCHAFT FÜR VERMÖGENSBILDUNG ÖFFENTLICH BEDIENSTETER mbH

Selbsthilfeeinrichtung der Beamten

Mackenheimer Weg 9, 6942 Mörlenbach-Vö., 2 (062 09) 34 87

- GUTSCHEIN

für kostenlose Übersendung unserer Kurzinformationen:

Baufinanzierung richtig gestalten Neue Steuergesetze für Bau-/Kaufvorhaben

und unverbindliche Beratung über (Gewünschtes bitte ankreuzen):

- ☐ Allgemeine FINANZBERATUNG (Spar-/Anlageplanung)
- ☐ SPAREN (auch mit steuerfreien Erträgen für spätere Baufinanzierung)
- ☐ DARLEHENSAUFNAHME (Bank, Bausparkasse, Hypothekenbank, Versicherung)
- ☐ Unterschiedliche Tilgungsarten (Tilgungsplanung bestehender Bauschulden)

Adresse: siehe Absender, 2

DELEGIERTENTAG DER VEREINIGUNG IN KOBLENZ VOM 9. BIS 11. MAI 1988

POST 2000

Programm des Delegiertentages der VHP vom 09. bis 11. Mai 1988 in Koblenz

Montag, 09. Mai 1988

Sitzung des Bundesvorstandes vormittags

Empfang des Bundesvorstandes durch den Oberbürgermeister der Stadt Koblenz

Pressekonferenz

14.00 Uhr Eröffnungsveranstaltung im Stadttheater,

Deinhardplatz

Festvortrag des Bundesminsters für Umwelt,

Naturschutz und Reaktorsicherheit Herrn Professor Dr. Klaus Töpfer:

"Umweltpolitik - ein neues Bürokratisierungsfeld?"

Begrüßungsabend auf der "Liebenstein" 19.30 Uhr

Das Schiff liegt ab 19.00 Uhr an der Schiffsanlegestelle "Pegeluhr" am Konrad-Adenauer-Ufer und fährt die Teilnehmer rheinaufwärts bis zur Loreley und zurück.

Die Fahrt endet gegen 24.00 Uhr.

Dienstag, 10. Mai 1988

8.30 Uhr	Arbeitssitzung in der Rhein-Mosel-Halle (Kleiner Saal)
10.30 Uhr	Podiumsdiskussion mit Bundestagsabgeordneten zum
	Thema "Neustrukturierung der Deutschen Bundespost"
13.00 Uhr	Mittagessen

14.00 Uhr Fortsetzung der Arbeitssitzung

Vortrag des Bundesministers für das Post-15.00 Uhr und Fernmeldewesen, Herrn Dr. Christian Schwarz-Schilling, mit anschließender Diskussion

Begleiterprogramm

Abfahrt mit dem Bus 8.30 Uhr

> (Treffpunkt: Rhein-Mosel-Halle) Besichtigung der Burg Eltz Mittagessen in Kobern-Gondorf; Besichtigung des Klosters "Maria Laach"

Ende gegen 18.00 Uhr

Mittwoch, 11. Mai 1988

8.30 Uhr	Fortsetzung de	ar Arhaiteeitzung
8.50 UIII	Portsetzung ut	er Arbeitssitzung

13.00 Uhr Mittagessen

14.00 Uhr Fortsetzung der Arbeitssitzungen

Begleiterprogramm

10.00 Uhr Führung durch die Koblenzer Altstadt

(Treffpunkt: Stadttheater, Deinhardplatz)

Ende gegen 12.00 Uhr.

Gesellschaftsabend im Dorint Hotel in Lahnstein, 20.00 Uhr

im Kurzentrum; Einlaß: 19.15 Uhr

Anfang März hat Bundespostminister Dr. Christian Schwarz-Schilling den Referentenentwurf zur Reform des Post- und Fernmeldwesens in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Bundespost, das Konzept "Post 2000", vorgestellt. Ende April wird das Bundeskabinett darüber beschließen. Bereits Anfang 1989 sollen die ersten Schritte des Konzepts "Post 2000" umgesetzt werden.

Eckpunkte dieser Reform sind:

Netz- und Telefondienstmonopol bleiben erhalten

das heißt:

langfristige Ertragskraft der Post ist ge-

Erhaltung der Innovationsfunktion in allen Bereichen

die Chancengleichheit aller Regionen bleibt erhalten

Post erbringt nach wie vor Infrastrukturaufgaben

das heißt:

Daseinsvorsorge bleibt erhalten kein Rückzug aus der Fläche gleichmäßige Bedienung auch peripherer Räume mit Leistungen des Postund Fernmeldewesens

Vollkommene Liberalisierung des **Endgerätemarktes**

das heißt:

mehr Kundennähe durch mehr Anbie-

Telekom kann alle Endgeräte nach eigener unternehmerischer Entscheidung anbieten

Wettbewerb bei allen Diensten, außer Telefon

das heißt:

Innovationen werden gefördert Finanzkraft der Post bleibt durch Telefondienst erhalten

Post kann alle Dienste nach eigener unternehmerischer Entscheidung anbieten

Wettbewerb bei Satelliten- und Mobilfunk für Individualkommunikation

DER TAGUN

Von confluentes zu Koblenz - S

das heißt:

Innovationen werden gefördert spezielle Bedürfnisse werden schneller befriedigt, ohne die Infrastrukturaufgaben der Deutschen Bundespost in Frage zu stellen

Netzmonopol wird langfristig gesichert, da Ausnahmen in den Randbereichen gezielt Innovationen zulassen

Tarifreform bei Mietleitungen

das heißt:

Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bundesrepublik Deutschland wird gefestigt und ausgebaut

Kostenorientierte Weiterentwicklung der Telefontarife

das heißt:

im Saldo Gebührensenkungen Vorteile für alle Kundengruppen, insbesondere für Telefonkunden im ländlichen Raum, da dort zwangsläufig mehr Ferngespräche geführt werden

Tarife statt Gebühren

das heißt:

Kundenbeziehungen auf privatrechtlicher Basis

mehr Flexibilität bei der Festlegung von Tarifen und Preisen

Trennung von politisch/hoheitlichen und betrieblichen Aufgaben

das heißt:

mehr unternehmerischer Handlungsspielraum für die Deutsche Bundespost weniger politische Einflußnahme keine Privatisierung mehr Gerechtigkeit auf den Märkten

mehr Gerechtigkeit auf den Märkten des Post- und Fernmeldewesens, da Spieler- und Schiedsrichterfunktionen getrennt werden

Mehr Handlungsspielraum im Personalbereich

das heißt:

Bestand der Post im Klima des Wettbewerbs wird gesichert

mehr Motivation für die Bediensteten der Deutschen Bundespost durch Leistungsanreize und Belohnungen

Drei öffentliche Unternehmen für betriebliche Aufgaben (Post, Postbank, Telekom)

das heißt:

mehr Kundennähe und mehr Effizienz durch neue Managementstrukturen Einheit der Deutschen Bundespost im Sinne von Art. 87 GG bleibt erhalten Bank- und Fernmeldedienstleistungen werden auch künftig im Postamt angeboten

Interner Finanzausgleich (Quersubventionierung) nach wie vor möglich

das heißt:

keine "Austrocknung" der gelben Dienste

Deutsche Bundespost bleibt einheitliches Sondervermögen des Bundes

das heißt:

konsequente Nutzung der Verbundvorteile keine Zerschlagung

keine Zerschlagung keine Privatisierung.

Die römische Zeit

Koblenz ist römischen Ursprungs. Während der Regierungszeit des Kaisers Tiberius (14-37 n. Chr.), der zuvor Oberbefehlshaber am Rhein gewesen war, entstand auf dem Platz der heutigen Altstadt - hochwasserfrei auf einem flachen Hügel - ein Erdkastell mit Wall und Graben. Wehrgang, Türme und Tore waren aus Holz. Es diente dem Schutz der römischen Heerstraße von Mainz nach Köln und war Ausgangspunkt der Straßen in die Eifel und den Hunsrück. Vor der Umwallung dieses Auxiliarlagers hatten sich Händler, Handwerker, Wirte und die Familien der Soldaten niedergelassen. Seinen Namen verdankt dieses Lager und damit die spätere Stadt der geographischen Lage am Zusammenfluß von Rhein und Mosel: confluentes (fluvii). Als die in den heutigen Niederlanden beheimateten Bataver zunächst sehr erfolgreich gegen die Römer aufstanden, zerstörten diese vorsorglich viele Kastelle - so wohl auch das Koblenzer und zogen sich bis auf die Nahe zurück. Nach der Niederschlagung des Aufstandes wurde die Rheingrenze neu or-

Das Kurfürstliche Schloß



IGSORT STELLT SICH VOR

Streiflichter einer Stadtgeschichte

ganisiert. Es gibt historische Anzeichen dafür, daß Koblenz als Steinkastell neu errichtet wurde.

Im Zuge der Befriedung des rechtsrheinischen Gebietes entstand unter Kaiser Domitian (81–96 n. Chr.) der Limes, der einige Kilometer nördlich von Koblenz begann und zunächst bis zum Main später bis zur Donau geführt wurde. Koblenz wurde Etappe. Es folgte eine 150jährige Friedenszeit, die zum Ausbau der Stadt und zur Verbesserung des Weitverkehrsnetzes genutzt wurde. Kaufleute, Handwerker und Händler machten den Großteil der Bevölkerung aus. Koblenz war nicht mehr durch Mauern befestigt. Es begann, sich zu vergrößern.

Der Limes bot Schutz bis zum Jahre 250 n. Chr. Dann durchbrachen die Franken ihn, überfielen unter anderem auch Koblenz und verheerten es. Zunächst setzten sie sich aber nur am rechten Ufer des Mittelrheins fest, weshalb Koblenz und andere Uferstädte, z. B. Andernach, zur Sicherung der Rheingrenze wieder in wehrhafte Festungen verwandelt wurden. Vermutlich zur Zeit Kaiser Konstantins (306-337 n. Chr.) erhielt es mit Front zur Mosel einen etwa 2,50 m dicken, haushohen Mauerring mit 19 Rundtürmen, auf dem sich ein 1,70 m breiter Wehrgang befand. Die Mauer umschloß ein Areal von 5,80 Hektar, das heute die Koblenzer Altstadt bildet. Bei 12 Mauertürmen sind die Fundamente noch nachweisbar, einer ist in seinem ursprünglichen Aufbau erhalten geblieben. Ein halbkreisförmiger Straßenzug kennzeichnet heute noch den Mauerverlauf zur Landseite hin.

Die fränkische Zeit

Im 5. Jahrhundert ging die römische Herrschaft am Rhein zu Ende. Die Franken erwiesen sich als stärker. Sie plünderten, brandschatzten und zerstörten die Städte am Rhein. Mit der Eroberung von Trier zwischen 457 und 465 wurden die Römer endgültig von deutschem Boden vertrieben. Koblenz

wurde königlich-fränkisches Eigentum. Die neuen Herren machten aus dem Kastell eine Königspfalz.

Überliefert ist, daß König Childebert hier 585 Gesandte König Guntrams empfing. Beide Könige regierten Teilreiche des nach dem Tode König Chlodwigs geteilten Frankenreiches.

Unter den Karolingern wurde das Reich zunächst wieder geeint. Die Anwesenheit Karls des Großen (807) und seines Sohnes, Ludwigs des Frommen (819, 823 und 836), in Koblenz ist bezeugt.

Der letzte Besuch galt der 8 Tage vorher, am 12. November 836, eingeweihten Kastorkirche, auf deren Grundmauern die heutige gleichnamige Kirche steht. Der Namenspatron hatte im 4. Jahrhundert an der Mosel das Christentum gepredigt.

Mit der Gründung dieser in der Nähe des später so genannten "Deutschen Ecks" gelegenen Kirche erweiterte sich die Stadt über die römisch-frankische Stadtbefestigung hinaus bis zum Rhein. 842 verhandelten in St. Kastor Bevollmächtigte der Söhne des 840 verstorbenen Königs Ludwig des Frommen die Teilung des Frankenreiches, die 843 im Vertrag von Verdun formal besiegelt wurde. Karl der Kahle erhielt das spätere Frankreich, Lothar das nach ihm benannte Lothringen, zu dem auch Koblenz gehörte, und Ludwig der Deutsche im wesentlichen die östlich des Rheins gelegenen Reichsgebiete.

870 kommt Koblenz durch den Vertrag von Meersen zum ostfränkischen (deutschen) Reich, wechselt aber im Laufe der nächsten Jahre mehrfach seine Reichszugehörigkeit. 925 kam es endgültig zum Deutschen Reich.

Es waren aber nicht nur die Erbstreitigkeiten der Karolinger, die die Koblenzer in Atem hielten. 882 standen sogar die Wikinger in zerstörerischer Absicht vor seinen Mauern, konnten sie jedoch nicht überwinden.

Die kurfürstliche Zeit

Im Dezember 1018 schenkte Kaiser Heinrich II. die bis dahin reichsunmittelbare Stadt Koblenz mit allem Zubehör dem Erzbistum Trier. Damit beginnt für die Stadt die fast 800jährige kurfürstliche Zeit, zwischen den Erzbistümern Köln und Mainz besaßen die Erzbischöfe von Trier damit einen festen Platz am Rhein, den sie 2 Jahre später noch um die rechtsrheinische Burg Ehrenbreitstein erweiterten.

Für Koblenz war diese Zuordnung der Beginn seiner eigentlichen städtischen Entfaltung, begünstigt natürlich auch durch seine besondere geographische Lage am Zusammenfluß des Rheins, der Mosel und der Lahn, des Auslaufs der Gebirgszüge Eifel, Hunsrück, Westerwald und Taunus und der sich hier kreuzenden Fernstraßen. Handel und Wandel nahmen zu, infolge reger Bautätigkeit dehnte sich die Stadt über ihre bisherigen Grenzen aus. Ein geordnetes Stadtwesen brachte den Koblenzern Wohlstand und Bürgerstolz.

Übrigens hat Koblenz vor genau 800 Jahren schon einmal eine bedeutende Tagung ausgerichtet. König Heinrich VI., der Sohn Friedrich Barbarossas, hielt 1188 in Koblenz einen großen Fürstentag ab. Er versuchte — allerdings vergeblich (!) — die Fürsten zum Kampf gegen den mit ihm verfeindeten Erzbischof von Köln zu bewegen.

1216 folgten die Ritter des Deutschen Ordens dem Ruf der Trierer Erzbischöfe und gründeten in unmittelbarer Nachbarschaft von St. Kastor eine Ordensballei. Diese Niederlassung gab der Stätte den noch heute gebräuchlichen Namen "Deutsches Eck".

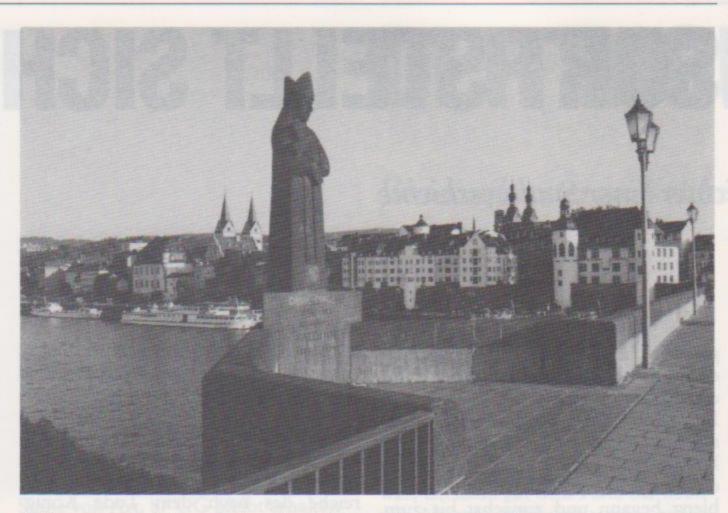
Die römisch-fränkische Stadtmauer, zwischenzeitlich zwar durch einen vorgelagerten Graben und eine Zwingermauer verstärkt, war in fast 1000 Jahren altersschwach geworden. Der Brand, der 1245 die Stadt größtenteils einäscherte, wird seinen Teil zur Beschädigung der Mauer beigetragen haben. Zwischen 1250 und 1300 wurde die Stadt deshalb neubefestigt unter Einbeziehung der hinzugekommenen "Stadtteile", deren Fläche die der des römischen Kastells um ein Mehrfaches überstieg. Begleitet wurde dieser Bau von jahrzehntelangem Streit zwischen den reichen und stolzen Koblenzern, die auf ihre Rechte pochten, und ihrem Landesherrn, dem Trierer Erzbischof, dem die Koblenzer zu selbstherrlich waren. Für das den Koblenzern gewährte Recht, zwecks Finanzierung des Mauerbaus Steuern (Akzise) erheben zu dürfen, mußten sie ihm die in Teilen noch heute bestehende "Alte Burg" an der Nordwestecke der Altstadt bauen. Letzteres wurde erst realisiert, nachdem der Kurfürst und Erzbischof Heinrich von Vinstingen - zunächst aus der Stadt vertrieben - mit einer Streitmacht wieder erschien und sie besetzte. Die Anstifter des Aufstandes wurden verbannt. Auch sein Nachfolger sah sich später genötigt, mit Heeresmacht den Freiheitssinn der Koblenzer zu brechen.

Wenn trotzdem die Koblenzer später bekannten, daß sich unter dem Krummstab gut leben ließ, so war dies nicht zuletzt ein Verdienst des Erzbischofs und Kurfürsten Balduin von Luxemburg (1307–1354).

Balduin war ein rechtschaffener und tatkräftiger Landesherr, der den Koblenzern manche Freiheiten gewährte, die sie zum Wohle der Stadt zu nutzen wußten. Unter ihm entwickelte sich Koblenz neben Trier zu seiner zweiten Residenzstadt und zu einem Verwaltungsmittelpunkt. Vor allem hat ihm die Stadt, von der aus 800 Jahre lang die Mosel nur per Fähre überquert werden konnte, den Bau der Brücke

(1343-1428) zu verdanken, die noch heute seinen Namen trägt.

Die Koblenzer fühlten sich Balduin so sehr zu Dank verpflichtet, daß sie am 20. April 1347 ohne seine militärische Hilfe gegen den mit ihm in ständiger Fehde liegenden Ritter Reinhard von Westerburg, von dessen Raubzügen auch sie sich bedroht fühlten, mit 800 Mann zu Felde zogen. Ihr Pech war nur,



daß sie vom Kriegshandwerk nichts verstanden, der Westerburger vom Legen eines Hinterhalts aber um so mehr. Fast 450 Jahre gedachten die Einwohner der Stadt, jeweils zu Ostern der 172 Mann, die bei dem furchtbaren Blutbad niedergemetzelt worden waren.

In Koblenz ist das späte 14. Jahrhundert, ebenso wie in anderen Städten, durch ein selbstbewußtes, finanzkräftiges und auf weitgehende Unabhängigkeit bedachtes Bürgertum gekennzeichnet. Die Rechtsanwendung beruhte zunehmend auf festen Regeln. Immer mehr Rechte wurden den freien Bürgern übertragen. Die Eingriffsrechte des Kurfürsten gegenüber seinen Untertanen waren genau definiert. Alle darüber hinausgehenden Dienste wurden freiwillig und - wie wir heute sagen - ohne Anerkennung einer Rechtspflicht erbracht. So ist schon aus dem Jahre 1362 überliefert, daß der Kurfürst Koblenzer nicht zwangsrekrutieren und daß er nur die zur Koblenzer "Kellnerei" gehörigen Weine in der Stadt verzapten lassen durfte. Er konnte zwar die Bürger zur Arbeitsdiensten verpflichten, aber maximal nur die Hälfte von ihnen, nur einen Tag und nur, wenn er persönlich anwesend war.

So waren es nicht mehr die Übergriffe des Landesherren, die die Bürger belasteten, sondern das Faustrecht und das Raubrittertum, das im 14. und 15. Jahrhundert in voller Blüte stand. Die Obrigkeit wußte sich schließlich nur durch eine verschärfte Strafgesetzgebung, die sogenannte "Peinliche Gerichtsordnung" zu helfen. Einer der ersten, den diese Ordnung in Kurtrier traf, war der zum Straßenräuber herabgesunkene Ritter Johann Lutter von Kobern. Obwohl ihm nur versuchter, aber nicht vollendeter Straßenraub

oder gar Mord nachgewisen werden konnte, statuierten die Richter an ihm ein Exempel. Am 13. Oktober 1536 wurde er zum Tode verurteilt und tags darauf auf dem "Plan" vor aller Öffentlichkeit enthauptet. Auf eben diesem, "Plan" genannten Platz feiert Koblenz heute alljährlich sein Altstadtfest.

Die Reformation fand zwar keinen Eingang in die Stadt, die beiden Hauptgebäude des jetzigen Koblenzer Rathauses haben jedoch einen mittelbaren Bezug dazu. Die ersten, die gegen die neue Lehre theologisch und mit Glaubenseifer vorgingen, waren die Dominikaner, die in Koblenz schon eine Ordensniederlassung hatten. Dem Trierer Erzbischof war dies jedoch nicht genug. Da sich in Winningen und in Rhens, zwei in unmittelbarer Nähe von Koblenz liegenden Orten, evangelische Enklaven gebildet hatten, befürchtete er ein Übergreifen des neuen Glaubens auf die Stadt. Er holte deshalb 1580 den Jesuitenorden nach Koblenz, der in der Folgezeit tiefgreifenden Einfluß auf das religiöse, geistige und kulturelle Leben ausübte. Mit Unterstützung der Stadt baute er ein Gymnasium, in dem 1583 schon 280 Schüler unterrichtet wurden, später große Wirtschafts- und Wohngebäude und eine neue Kirche. In den Profanbauten befindet sich heute das Rathaus. Auch erinnern an diese Zeit noch die Jesuitenkirche, der Jesuitenplatz, die Jesuitengasse und die Gymnasialstraße.

Vom dreißigjährigen Krieg blieb Koblenz nicht verschont. Zwischen 1632 und 1637 belagerten abwechselnd französische, schwedische und kaiserliche Truppen Koblenz oder hielten es besetzt. Hatte der damalige Landesherr, Kurfürst Philipp Christoph von Sötern, die Stadt in seiner Gewalt, waren die Zeiten auch nicht viel besser, weil er der Bürgerschaft immer höhere Steuern auferlegte. Als der Krieg vorbei war, war die Einwohnerschaft auf ein Viertel des vorherigen Bestandes zurückgegangen, die Hälfte der Häuser war zerstört, Stadt und Land waren ausgelaugt. Die Annalen geben die Zahl der Einwohner nur mit rund 1400 an. Zu den Kriegsereignissen kamen die Seuchen. 1632 herrschte Typhus, 1666 bis 1668 erreichte die Pest ihren Höhe-

punkt.

Der nachfolgende Trierer Kurfürst war auf politischen Ausgleich bedacht. Trotz der immer noch unruhigen Zeiten und des schweren wirtschaftlichen Niedergangs setzte er sich mit allen Kräften für den Wiederaufbau ein, ließ neue Straßen und Häuser bauen und die zerstörten wiederherstellen. Auch das rechtsrheinische Ehrenbreitstein profitierte von seiner regen Bautätigkeit. Besonderen Wert legte er auf den Ausbau der Stadtbefestigung. Die beschädigte Stadtmauer ließ er wiederaufbauen. Zugleich wurde ihr ein neuer sternförmiger Festungsgürtel vorgelagert. Im Verlaufe des pfälzischen Krieges standen 1688 (300 Jahre vor unserem Delegiertentag!) die Truppen Ludwigs XIV. vor Koblenz. Erobern konnten sie es dank seiner Befestigungsanlagen zwar nicht, dafür haben sie es aber mit ihrer Artillerie kurz und klein geschossen. Ein Drittel der Stadt ging in Flammen auf.

Koblenz räumliche Ausdehnung über die Befestigung hinaus ist mit dem Namen Clemens Wenzeslaus verbunden, einem Sohn des sächsischen Kurfürsten und polnischen Königs August III. Er erlangte 1768 die trierische Kurwürde. Seine 150 Jahre alte Residenz in Ehrenbreitstein, die Philippsburg, war ihm schon bald zu klein. Sie war überdies mangels einer festen Rheinbrücke auch verkehrsungünstig gelegen.

So baute er auf einem südlich der Koblenzer Stadtmauer am Rhein gelegenen Gelände eine neue Residenz, das Kurfürstliche Schloß, in das er am 23. November 1786 feierlich einzog. Zugleich entstand westlich des Schlosses ein neuer Stadtteil, "Clemensstadt" oder "Neustadt" genannt mit vielen markanten, heute noch existierenden Gebäuden. Eines davon ist das 1787 entstandene "Komödienhaus", das heutige Stadttheater. Es wurde 1985 von Grund auf renoviert und hat seinen 200. Geburtstag im November 1987 unter großer Anteilnahme der Bevölkerung gefeiert. In diesem Theater findet die Eröffnungsveranstaltung des Delegiertentages 1988 statt.

Abgesehen von dem heute noch bestehenden Schloß erinnern an diese Zeit die Straßennamen Schloßstraße, Clemensstraße, Clemensplatz und Neustadt. Die Bautätigkeit hatte viel Geld in die Stadt gebracht. Sie wuchs (7500 Einwohner) und sah vermeintlich eine gute

Zukunft vor sich.

Zwei Söhne dieser Stadt sind namentlich zu erwähnen. Am 15. Mai 1773 wurde Clemens Wenzeslaus Lothar von Metternich hier geboren, der als österreichischer Staatskanzler 1814/ 1815 dem Wiener Kongreß präsidierte. Verkörperte Metternich noch die alte monarchische Ordnung, war sein Mitburger, der am 25. Januar 1776 geborene Publizist und Herausgeber des "Rheinischen Merkurs" Josef Görres, ein entscheidender Verfechter einer neuen demokratischen Ordnung. Abgesehen vom Geburtsort war diesen beiden großen Söhnen der Stadt nur eines gemeinsam: die Koblenzer Mundart.

Der seit April 1792 zwischen dem revolutionären Frankreich und dem übrigen Kontinent herrschende Krieg traf auch Koblenz mit voller Wucht. Am 23. Oktober 1794 zogen französische Truppen unter General Marceau in die Stadt ein. Wenige Tage vorher war Clemens Wenzeslaus aus Koblenz geflohen. Die Besetzung war zugleich das Ende des weltlichen und geistlichen Kurfürstentums Trier.

Rechtsrheinisch ging der Kampf mit wechselndem Erfolg weiter. Die Feste Ehrenbreitstein erwies sich dabei als uneinnehmbar. Erst als die aus etwa 2000 Mann kurkölnischer und kurtrierischer Truppen bestehende Besatzung fast verhungert war, gab sie Anfang 1799 auf. Die Franzosen besetzten die Festung.

Die französische Zeit

Mit dem Frieden von Lunéville 1801 kam das gesamte linksrheinische Gebiet an Frankreich. Koblenz wurde Sitz des Präfekten des Rhein-Mosel-Departements. Die Feste Ehrenbreitstein wurde von den Franzosen wieder aufgegeben und geschleift. Das alte Kurfürstenschloß am Fuße des Felsens wurde vernichtet. Andere Gebäude blieben zum Glück – und das bis heute – erhalten. Koblenz war wieder einmal Grenzstadt. Manch Koblenzer verlegte sich aufs Schmuggeln.

Die französische Herrschaft dauerte nur knapp 20 Jahre. Sie hinterließ jedoch Spuren, die sie lange überdauert haben und die zum Teil heute noch

nachweisbar sind.

Insbesondere die Bürgermeisterverfassung und der "code Napoléon" galten auch noch viele Jahrzehnte während

Kastorkirche



der preußischen Herrschaft. Die preußische Gemeindeordnung wurde linksrheinisch erst 1845 eingeführt. Der "code civil" oder auch "code Napoléon" genannt wurde nicht durch das preußische "Allgemeine Landrecht" abgelöst, sondern erst am 1. Januar 1900 durch das "Bürgerliche Gesetzbuch". Daß das französische Recht hier so tiefe Wurzeln schlagen konnte, ist sicherlich auch ein Verdienst der Rechtsschule, die 1804 in Koblenz errichtet wurde sich später übrigens im Geburtshaus Metternichs befand - und die vergleichbar war mit der juristischen Fakultät einer Universität.

In den von Napoleon geführten Feldzügen kämpften natürlich auch Koblenzer mit. Die gesamte waffenfähige Jugend wurde eingezogen. Die vielen Gefallenen warfen einen dunklen Schatten auf die französische Herrschaft im Rheinland. Dennoch - die alten napoleonischen Soldaten waren immer stolz darauf, in der "Grande Armée" mitgefochten zu haben. Die in französischer Zeit gegründeten Veteranenvereine haben sich noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts erhalten. Am 22. Todestages ihres Kriegsherrn, am 5. Mai 1843, haben sie ihm auf dem Koblenzer Hauptfriedhof ein Erinnerungsmal gesetzt.

Übrigens - die echten Koblenzer nennen sich Schängel. Diese Bezeichnung hat ihren Ursprung ebenfalls in der französischen Zeit. Aus "Jean" wurde in Koblenzer Mundart "Schang" und in der Verkleinerungsform "Schängel". Diesem urwüchsigen Koblenzer Jungen haben die Bürger 1940 am Rathaus ein Brunnendenkmal gesetzt. Er bedankt sich dafür auf seine Art, indem er regelmäßig seine Betrachter naß spritzt. Das Ende der französischen Zeit ist heute noch in Stein gehauen und von jedermann zu besichtigen. Es ist zugleich ein Beweis dafür, wie eng Uberheblichkeit und Lächerlichkeit beieinanderliegen können.

Der letzte französische Präfekt, Jules Doazan, ließ 1812 zu Ehren seiner Nation vor der Kastorkirche einen



Brunnen erbauen. Später versah der Baumeister diesen mit folgender Inschrift:

AN MDCCCXII MEMORABLE PAR LA CAMPAGNE CONTRE LES RUSSES SOUS LE PREFECTURA DE JULES DOAZAN.

Allein das falsche Wort "PREFEC-TURA" war schon peinlich genug. Noch peinlicher war aber der falsche Zeitpunkt. Die "Grande Armée" war inzwischen geschlagen und befand sich auf dem Rückzug. Wenige Tage nach Fertigstellung der Inschrift verließ Doazan Koblenz. Tags darauf, am 1. Januar 1814, rückten russische Truppen, die mit den Preußen und den Osterreichern verbündet waren, in die Stadt ein. Der russische Stadtkommandant, der bübischen Witz gehaben haben muß, ließ die Inschrift sofort durch folgende Zeilen ergänzen:

VU ET APPROUVE PAR NOUS COMMANDANT RUSSE DE LA VILLE DE COBLENTZ LE 1^{ER} JANVIER 1814

"Vu et approuvé par nous Préfet du Département de Rhin-et-Moselle" war die stehende Formel, mit der Doazan den Beschlüssen des Präfekturrates zugestimmt hatte. Man spürt geradezu die Schadenfreude, die der Russe bei dieser Aktion empfunden haben muß.

Die preußische Zeit

Der Wiener Kongreß hatte das Rheinland Preußen zugesprochen, das hier die "Wacht am Rhein" halten sollte. Koblenz wurde 1815 Sitz eines preußischen Armeekorps – es ist heute Sitz des III. Korps der Bundeswehr - und 1822 Sitz des Oberpräsidiums der Rheinprovinz.

Koblenz war nun preußische Garnisons- und Festungsstadt. Die Festung Ehrenbreitstein wurde wieder aufgebaut - mächtiger als vorher. Es entstanden die Feste Alexander, das Fort Konstantin und die Feste Kaiser Franz. Die Stadt erhielt eine neue massive Befestigung. Infolge dieser regen Bautätigkeit erholte sich das wirtschaftliche Leben wieder. Andererseits behinderte der Festungsgürtel die Ansiedlung von Industrie, weil weit über seine Außenanlagen hinaus nicht gebaut werden durfte. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Stadtbefestigung aufgegeben und niedergelegt. Koblenz konnte sich städtebaulich zu einem modernen Gemeinwesen entwickeln. Die Koblenzer, die sich nach den Einengungen der napoleonischen Zeit bürgerliche Freiheitsrechte erhofft hatten, fühlten sich von der restaurativen Politik Preußens enttäuscht. Ihr mächtiger Wortführer, Josef Görres, konnte sich einer Verhaftung 1819 nur durch seine Flucht nach München entziehen und sah seine Heimatstadt nie

wieder. Die 100 Friedensjahre bis zum 1. Weltkrieg nutzten die Koblenzer dennoch, sich wirtschaftlich und kulturell prächtig zu entwickeln. Die Einwohnerzahl stieg von 12 000 auf 62 000. Das gesellschaftliche und kulturelle Leben blühte auf. Zahllose Vereine entstanden, die Schönen Künste wurden mehr denn je gepflegt, altes Brauchtum, wie z. B. der Karneval oder die Martinszüge, lebte wieder auf, das Schulwesen wurde modernisiert und ausgebaut, Sammlungen, Museen und Büchereien wurden gegründet, das Verlags- und das Zeitungswesen gewann an Bedeutung zum Teil weit über die Stadt hinaus. Karl Baedeker begann 1828 mit der Heraus-

OPD KOBLENZ – EIN STREIFZUG DURCH DEN BEZIRK

gabe seiner berühmten Reisebücher. Josef Görres hatte mit dem "Rheinischen Merkur" die erste wirklich politische Zeitung herausgebracht.

An die preußische Zeit erinnert unübersehbar das Denkmal Kaiser Wilhelms I. am Deutschen Eck, das von seinem Enkel 1897 eingeweiht wurde. Sein mächtiges Reiterstandbild kam ihm am Ende des 2. Weltkrieges abhanden. So konnte das Denkmal 1953 nach Anbringen der Wappen aller deutschen Länder im Zusammenwirken zwischen Bundespräsident Heuss und Ministerpräsident Altmeier zum Mahnmal der deutschen Einheit bestimmt werden.

Aus der Sicht eines Postlers sind aus der preußischen Zeit besonders zwei Ereignisse bemerkenswert.

Die Garnison in Koblenz benötigte eine gute Nachrichtenverbindung nach Berlin. So entstand eine der ältesten Nachrichtenlinien Deutschlands, die 1833 vollendete optische Telegrafenverbindung zwischen diesen Städten. Sie bestand aus über 60 Stationen, die miteinander in Sichtverbindung standen und über die mittels Signalmasten kurze Nachrichten in 5 bis 6 Stunden durchgegeben werden konnten. Der Endpunkt der Linie befand sich auf dem Südflügel des Koblenzer Schlosses, die Station davor war in Ehrenbreitstein. Die Verbindung bestand bis 1852. Abgelöst wurde sie mit der Einführung der elektrischen Telegrafie.

Am 1. Januar 1850 wurde die Oberpostdirektion Koblenz gegründet. Sie war zunächst untergebracht in dem jetzt noch als Fernmeldedienstgebäude genutzten Komplex am Clemensplatz. 1909 erhielt sie ihr eigenes "Mutterhaus" am Kaiser-Wilhelm-Ring, dem jetzigen Friedrich-Ebert-Ring. Hier befanden sich die ehemaligen Festungswälle, die Koblenz nach deren Aufgabe von Preußen erwarb, abtragen ließ und zu einem breiten und durch die Anordnung und Architektur der Gebäude repräsentativen Boulevard ausbaute. Nach schwersten Zerstörungen gegen Ende des 2. Weltkrieges wurde das OPD-Gebäude vereinfacht wieder hergestellt. Im Laufe der folgenden 40 Jahre zeigte es jedoch zunehmend Mängel und Unzulänglichkeiten. So wurde es in dreijähriger Bauzeit zunächst zu einem erheblichen Teil abgerissen und dann erweitert wieder aufgebaut. Ende 1986 konnten die OPD-Angehörigen ihr "Mutterhaus", das jetzt allen Anforderungen eines modernen Verwaltungsgebäudes entspricht, wieder beziehen. Es liegt übrigens nur wenige Minuten von unserer Tagungsstätte entfernt.

Die neue Zeit

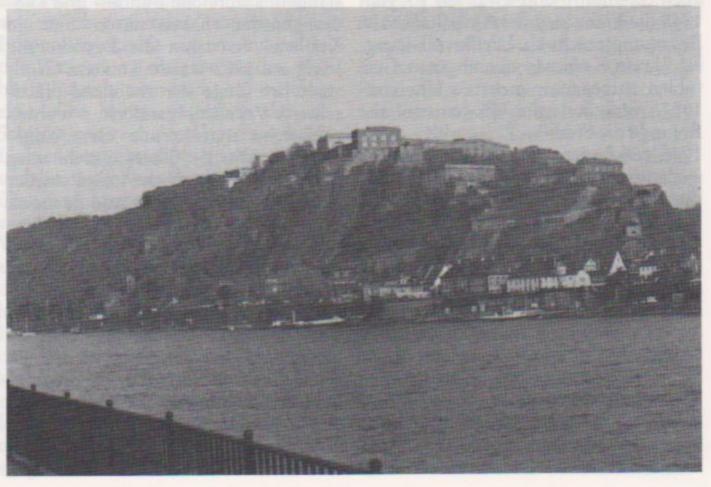
Vom 1. Weltkrieg wurde auch die Stadt unmittelbar getroffen. Nicht nur, daß die Versorgung zunehmend schlechter wurde, die Bevölkerung erlebte auch die ersten todbringenden Bombenangriffe. Im Dezember 1918 wurde Koblenz wieder einmal besetzt – diesmal von amerikanischen Truppen. 1923 zogen sie ihr Banner auf der Festung Ehrenbreitstein wieder ein und verließen Europa. Die Franzosen übernahmen das Kommando. In ihrer Absicht, die besetzten Rheinlande vom Reich zu trennen, wurden sie von einzelnen Separatisten unterstützt, die

Koblenzer Bevölkerung stand jedoch treu zum Reich. Übrigens wurde 1926 als Sohn eines Verwaltungsbeamten der Besatzungsmacht der spätere französische Staatspräsident Giscard d'Estaing in Koblenz geboren.

In den frühen 20er Jahren wurde erheblich um den Erhalt der Festung Ehrenbreitstein gerungen. Im Versailler Vertrag war das Schleifen solcher Befestigungswerke festgelegt worden. Die Franzosen konnten schließlich in zähen Verhandlungen davon überzeugt werden, daß die Festung zwischenzeitlich militärisch völlig bedeutungslos, als Denkmal dafür um so bedeutender geworden war. 1922 fiel die endgültige Entscheidung, auf die Zerstörung zu verzichten. Die Feste Alexander, das Fort Konstantin und die Feste Franz wurden dagegen bis auf Restbestände geschleift.

1929 war die Besatzungszeit beendet. Ende November holten die Franzosen die Trikolore auf dem Ehrenbreitstein ein. Die wiedergewonnene Freiheit sollte aber nicht lange dauern. Die NSDAP übernahm 1933 die Macht, schaltete das politische und gesellschaftliche Leben gleich und trieb gegen

Festung Ehrenbreitstein



Andersdenkende und gegen die Juden ihr zerstörerisches und mörderisches Unwesen.

Im 2. Weltkrieg wurde die Stadt erst spät, vom April 1944 an aber ganz erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Waren es vorher nur vereinzelte Luftangriffe gewesen, so luden nun die alliierten Bomber nahezu pausenlos ihre todbringende Last ab. Über 1000 Menschen verloren dabei ihr Leben, tausende wurden obdachlos, 83 % der Stadt, vor allem die Altstadt, wurden zerstört. Mitte März 1945 eroberten Soldaten der 3. Amerikanischen Armee unter General Patton gegen hinhaltenden Widerstand deutscher Truppen die Stadt. 10 Tage später war auch Ehrenbreitstein besetzt. Sicherlich aus Übermut und um ihre Treffsicherheit zu beweisen, schossen amerikanische Artilleristen von dort das Reiterstandbild Kaiser Wilhelms I. von seinem Denkmal am Deutschen Eck. Am 6. April 1945 wurde auf der Festung dasselbe Sternenbanner gehisst, das 22 Jahre zuvor eingeholt worden war.

Aufgrund der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz wurde Koblenz Teil der französischen Besatzungszone. Wie schon nach dem 1. Weltkrieg lösten auch diesmal – und zwar am 15. Juli 1945 die Franzosen die Amerikaner als Besatzungsmacht ab. Die Bevölkerung sah ihrem Kommen mit unguten Gefühlen entgegen – nicht zu Unrecht. 1957 verließen die Franzosen als Freunde die Stadt.

1946 verkündete die französische Besatzungsmacht die Bildung eines Landes Rheinland-Pfalz, das dann am 18. Mai 1947 gegründet wurde. Koblenz war vorläufiger Sitz der Landesregierung, bis sie 1950 nach Mainz übersiedelte. Am 8. Juli 1948 beschlossen die Ministerpräsidenten der 11 Bundesländer auf dem Rittersturz in Koblenz die Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

Der Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg ging langsam – Koblenz war kein Industriezentrum – aber stetig voran. Koblenz baute zunächst an der Mosel,



Rhein-Mosel-Halle (Arbeitssitzungen)

dann am Rhein neue Häfen. Durch die Schiffbarmachung der Mosel erhielt es eine zusätzliche Ost-West-Verbindung auf dem Wasserwege. Im neu geschaffenen Industriegebiet siedelten sich bedeutende Firmen an, durch die eine große Zahl neuer Arbeitsplätze entstanden. Zahlreiche Bundes- und Landesbehörden haben ihren Sitz in Koblenz. So nahm die Bevölkerung stetig zu. 1962 wurde Koblenz Großstadt. Im Zuge der rheinland-pfälzischen Verwaltungsreform wurden zahlreiche angrenzende Orte eingemeindet. Die Bevölkerungszahl stieg auf 124 000. Inzwischen sind wieder viele Bewohner ins Umland gezogen. So hat Koblenz heuterund 115 000 Ein-

Stadt und Bürger haben sehr viel für den Wiederaufbau getan. Kriegswunden sind kaum noch zu erkennen. Die Altstadt ist, soweit das möglich war, erhalten geblieben. Koblenz ist deshalb auch eine bedeutende Fremdenverkehrsstadt, die per Bahn (Intercity) oder per Auto (Autobahnen) leicht zu erreichen ist. Als Ausgangspunkt für eine Schiffsreise auf dem Mittelrhein

oder auf der Mosel liegt sie besonders günstig. Koblenz ist auch als Tagungsstätte begehrt nicht zuletzt wegen der Rhein-Mosel-Halle. Dieses repräsentative, zwischenzeitlich renovierte Gebäude wurde Ende 1962 eingeweiht. Es steht unmittelbar am Rhein an der Stelle, an der schon die alte Festhalle stand, die 1944 ein Opfer der Bomben wurde. In der Rhein-Mosel-Halle finden die Arbeitssitzungen des Delegiertentages 1988 statt.

Der Bezirksverein Koblenz hofft aus Anlaß des Delegiertentages auf viele Gäste. Sie werden, wenn sie mit offenen Augen durch die Stadt gehen, die beredten Zeugnisse ihrer römischen, fränkischen, kurfürstlichen, französischen und preußischen Geschichte nicht übersehen. Sie werden zugleich in einer Stadt weilen, in der es sich leben, arbeiten und feiern läßt. / Rolf Adrian

Literatur:

Bellinghausen: 2000 Jahre Koblenz, Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein, 1971 Franke, Koblenzer Kostbarkeiten, Mittelrhein-

Verlag, Koblenz Band 1, 4. Auflage, 1975 Band 2, 1. Auflage, 1973

OPD KOBLENZ – EIN STREIFZUG DURCH DEN BEZIRK

Im Jahr 1850 wurde Koblenz wie Trier Sitz einer Oberpostdirektion. König Friedrich Wilhelm IV. hatte zum 1. Januar 1850 die Einrichtung einer Oberpostdirektion mit administrativen Befugnissen für jeden Regierungsbezirk

Im Rahmen der "regionalen Neuordnung der mittleren betrieblichen Lenkungsstufe" wurde zum 1. Mai 1976 die Oberpostdirektion Trier mit der Oberpostdirektion Koblenz zusammenge-

legt.

Seither darf sich Koblenz mit einer Fläche von 14 157 qkm und einer Einwohnerzahl von 2,3 Millionen schon zu den mittelgroßen OPDn rechnen. 285 Postämter, darunter 13 mit Verwaltungsdienst, 1161 Poststellen, 5 Fernmeldeämter und 1 Fernmeldezeugamt versorgen die Bevölkerung in diesem Gebiet. Auffallend ist das dichte Netz der Poststellen, denn mit einer Annahmestelle pro 1600 Einwohner liegt Koblenz deutlich über dem Bundesdurchschnitt, der erst für 3200 Einwohner, also der doppelten Anzahl, eine Annahmestelle ergibt.

Anfang des Jahres 1988 wurde der 100 000. BK-Teilnehmer des Bezirks in Trier begrüßt und Mitte des Jahres wird die OPD ihren Millionsten Hauptanschluß feiern, um nur ein paar Eckdaten aus dem Bereich Fernmeldewesen zu

nennen.

Geprägt ist die Landschaft durch die Höhen des Rheinischen Schiefergebirges, nämlich Eifel, Hunsrück und Westerwald sowie durch den Rhein, mit seinen Nebenflüssen Nahe, Mosel, Ahr und Lahn.

Rheinhessen im Süden des Bezirks, jene Landschaft im Rheinknie zwischen Worms, Mainz und Bingen, ist eines von den fünf Weinbaugebieten im Bezirk der OPD Koblenz. Weltweit bekannt ist der Riesling von der Mosel. Nirgendwo sonst in Deutschland wird Wein so mühevoll angebaut. An der Ahr liegt Europas nördlichstes geschlossenes Weinbaugebiet. Es ist außerdem das größte zusammenhängende Rotweingebiet Deutschlands. Zu

den großen Weinbaugebieten gehören ebenfalls die hervorragenden Weine von der Nahe und vom Mittelrhein, dessen windungsreiches Durchbruchstal durch das Rheinische Schieferge-

birge in Bingen beginnt.

Das Mittelrheintal gehört zu den reizvollsten und verkehrsreichsten deutschen Landschaften. Allein 49 Burgen säumen die kurze Strecke zwischen Mainz und Koblenz. Sie wurden ursprünglich im 11. und 13. Jahrhundert zur Kontrolle und Sicherung des Rheines erbaut. Von 17 sind heute nur noch Ruinen vorhanden, die anderen sind zum größten Teil erst seit dem 19. Jahrhundert wieder aufgebaut worden. Nur die Marksburg bei Braubach hat die Jahrhunderte unbeschadet überstanden.

Der Mittelrhein ist neben der Mosel die meistbefahrene Flußstrecke Deutschlands. Groß ist das Angebot an Schiffstouren und eine Fahrt an der Loreley vorbei ist für Touristen aus Amerika und Japan fester Bestandteil einer

Deutschlandreise.

Vom Frühjahr bis zum Herbst, wenn der Wein an den Schieferhängen die letzte Reife erfährt, ist der Strom der Besucher am stärksten. Höhepunkt ist alljährlich der "Rhein in Flammen", wenn mit beginnender Dämmerung die Burgen angestrahlt werden und prächtige Feuerwerke entfacht werden. Koblenz kommt dann leicht auf mehr als eine halbe Million Beuscher, die von Schiffen oder von den Ufern aus dieses Lichter- und Farbenspiel sehen wollen und beim großen Abschlußfeuerwerk über der Festung Ehrenbreitstein dabei sein möchten.

Wer sich Koblenz nähert, bekommt schon von weitem immer mal wieder in der schlanken Silhouette des 255 Meter hohen Fernmeldeturms auf dem Kühkopf ein deutliches Markierungszeichen zu sehen. Der Turm erhielt erst kürzlich einen 22 Meter hohen Sendemast auf die Spitze gesetzt, über den das Programm des privaten Hörfunksenders Rheinland-Pfalz-Radio "RPR" ausgestrahlt wird. Der Turm ist nicht

nur ein wichtiges Bindeglied in der linksrheinischen Richtfunkstrecke, sondern er ist auch einer von vielen Senderstandorten entlang des Rheins und seiner schiffbaren Nebenflüsse, über die der Verkehr des "Internationalen Rheinfunkdienstes" abgewickelt wird. Die zentrale Lage der Rhein-Mosel-Stadt war bestimmend, in Koblenz eine Überleitvermittlungsstelle für Funkgespräche einzurichten.

Deutliche Industrieansiedlungen sind nördlich von Koblenz im Neuwieder Becken festzustellen. Metallindustrie, chemische Werke und die Bimsbaustoffwerke sind hier vertreten. Auf der rechten Rheinseite hat die Ton-, Keramik- und Fliesenindustrie ihren Schwerpunkt im "Kannenbäckerland". Schon vor Jahrtausenden wurde hier im südwestlichen Teil des Westerwaldes Ton gewonnen. Wer will, kann auch heute noch in einer der vielen Töpfereien seine Kannen selber "backen" oder den Töpfern bei ihrer Arbeit zuschauen.

Im Gebiet der erloschenen Eifel-Vulkane verläuft die "schönste Rennstrecke der Welt", der Nürburgring. Er war 1977 nach dem schweren Unfall von Nicki Lauda von den Formel-I-Fahrern boykottiert worden. Für über 80 Millionen DM wurde er inzwischen ausgebaut und sicherheitstechnisch auf den neusten Stand gebracht. Neben den klassischen internationalen Rennen werden neuerdings auch Truckrennen sowie Oldtimer-Treffen und -Rennen mit Open-Air-Konzerten und vielen Show-Effekten veranstaltet, die sich großen und stark wachsenden Zuspruchs erfreuen und mit den Fremden auch das Geld in diese Gegend bringen sollen. Wenn die Motoren bei einem der großen Rennen über den Kurs dröhnen und der Ring für kurze Zeit zum Blickpunkt der Weltöffentlichkeit wird, dann ist dort auch für die Post- und Fernmeldeseite Hochbetrieb.

Sonst herrscht beschauliche Ruhe um die herbe Schönheit der Eifel-Maare, die mit ihren dunklen Wasserflächen der Landschaft einen melancholischen

OPD KOBLENZ – EIN STREIFZUG DURCH DEN BEZIRK



Reiz verleihen. Am Ufer des größten Maares, des Laacher Sees, liegt die weltberühmte Benediktiner Abtei Maria Laach. Die Osteifel gilt als Deutschlands jüngste Vulkanlandschaft; Thermalquellen zeugen davon, daß der Abkühlungsprozeß unter der starken Erdkruste noch nicht zur Ruhe gekommen ist.

Viele Mineralbrunnen kommen aus der Eifel und haben Orte wie Daun, Gerolstein, Sinzig, Bad Neuenahr-Ahrweiler (Apollinaris) weit über die Region hinaus bekannt gemacht.

Ähnlich rauh wie in der Eifel ist auch das Klima auf den Höhe des Hunsrücks, dem Südwestflügel des Rheinischen Schiefergebirges zwischen Mosel und Nahe. Hier findet man daher mehr Waldwirtschaft als Landwirtschaft.

Wie der Mittelrhein so ist auch das Tal der Mosel alte Kulturlandschaft. Vor den Römern, welche die Trinkkultur mitgeprägt haben, lebten hier Kelten und davor Germanen. Immer wieder begegnet man Zeugnissen dieser alten Kulturen. Aber auch mittelalterliche Burgen oder deren Ruinen erheben sich über die Orte im Tal. Etwas abseits der Mosel — in der Höhe von Moselkern — liegt mitten im Wald auf einem Fels die Burg Eltz, eine der wenigen mittelalterlichen Wohnburgen, die in ihrer 800-jährigen Geschichte nie zerstört wurden, und deren Bild auf dem 500-DM-Schein verewigt ist.

Trier, die älteste Stadt Deutschlands, hatte im 4. Jahrhundert als Kaiserresidenz unter Konstatin I. etwa 80.000 Einwohner, also etwa ebensoviel wie heute. Der gewaltige Torbau der Porta Nigra, die Kaiser- und Barbarathermen, die Palastaula und das Amphitheater stammen noch aus der römischen Zeit.

Trier, die Bischofsstadt, ist Sitz einer Universität und Sitz der Deutschen Richterakademie sowie einer Katholischen Akademie. Die Stadt ist zudem ein bedeutender Weinhandelsplatz. Sie erhält oft Besuch von chinesischen De-

legationen, die sich für das Karl-Marx-Haus interessieren. In den Sommermonaten tummelt sich viel "junges Volk" aus ganz Europa und Übersee in den Straßen der über 2000 Jahre alten Stadt. Von Trier aus bestehen auch rege Beziehungen zu den Nachbarländern. So hat beispielsweise in jüngster Zeit die OPD Koblenz eine Glasfaserstrecke zwischen Trier und Luxemburg mit einer Kapazität von 7680 Fernsprechkanälen in Betrieb genommen.

Idar-Oberstein, die an Nahe und Idarbach gelegene Edelsteinmetropole, ist für ihre Edelsteinschleifereien und ihre Schmuckindustrie bekannt. Diese Industrie sowie der Edelsteinhandel und die Diamant- und Edelsteinbörse, die zu den bedeutendsten Fachbörsen der Welt zählt, sind als Post- und Fernmeldekunden gleichermaßen wichtig für die OPD.

Weiter naheabwärts liegt Bad Kreuznach, bekannt durch seine Brückenhäuser aus dem 15. Jahrhundert. Aber auch
als Kurort genießt es einen guten Ruf
mit seinen radioaktiven Solquellen und
den alten Gradierwerken im Salinental.
An Industrie sind Metallbau, Reifenherstellung und die Optischen Werke
hervorzuheben.

Mainz, die Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz, gilt oft auch als die Stadt des Buchdrucks, denn der Mainzer Bürger Johann Gensfleisch von Gutenberg erfand hier 1440 die Buchdrukkerkunst. Eine Nachbildung seiner Werkstatt ist im Mainzer Gutenberg-Museum zu besichtigen. Seinen Namen trägt auch die 1476 gestiftete und nach dem Zweiten Weltkrieg wiederbelebte Universität.

Seit 1962 ist Mainz Sitz des Zweiten Deutschen Fernsehens, das heute das größte und modernste Sendezentrum in Westeuropa unterhält. Auch der Südwestfunk ist mit einem modernen Landesstudio vertreten. Die Arbeit dieser beiden großen Fernseh- und Rundfunkanstalten führt dazu, daß die Kollegen des Postamtes wie auch die des Fernmeldeamtes oft besondere Aufgaben zu meistern haben, sei es im techni-

AUS DEN BEZIRKEN



Der Bezirksverein Münster berichtet

schen Betrieb oder im Bereich des Kundendienstes.

Doch bevor das Fernsehen kam, war die "Meenzer Fassenacht" schon längst ein fester Begriff. In diesem Jahr, am 19. Januar, feierte der Mainzer Carneval-Verein sein 150-jähriges Bestehen. Minister Dr. Christian Schwarz-Schilling überreichte am 13. Januar dem Präsidenten des MCV, Dr. Rudi Henkel, die ersten Bogen der aus diesem Anlaß herausgegebenen Sondermarke. Das Motiv dieser Marke ist der "Bajass", die Symbolfigur der Mainzer Fastnacht.



Rheinland-Pfalz, dessen nördlicher größerer Teil durch den Bezirk der OPD Koblenz abgedeckt wird, hat sich in den vergangenen Jahren mehr und mehr vom Agrar- zum modernen Industrieland gewandelt. Die Standortvorteile inmitten maßgeblicher deutscher und europäischer Ballungsgebiete spielen dabei eine wichtige Rolle.

Die Landesregierung unterstützt deshalb auch eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung durch ein besonderes Technologie-Programm. Bei der Ansiedlung und Förderung von mittelständischen Betrieben ist das Vertrauen in die vielfältigen Möglichkeiten der neuen Kommunikationsdienste der Bundespost oft von ausschlaggebender Manfred Henjes Bedeutung.

Immer wieder stellt sich der Vorstand eines Bezirksvereins die Frage, wie er seine Mitglieder zum Mittun bewegen kann. Die Veranstaltungen in einer Großstadt sind ebenso vielfältig wie auch die gesellschaftlichen Verpflichtungen, daß es schon schwer fällt, ein attraktives Angebot zu machen.

Diesmal scheint es dem Bezirksverein gelungen zu sein, ein solches Angebot vorzulegen. Der Bezirksverein Münster hatte am 26, 02, 1988 zu einem Konzert des Kammerorchesters PETIT COLLÈGE des PRO MUSICA OR-CHESTER MUNSTER in den Drostenhof Wolbeck in Münster eingeladen. Die Anregung zu diesem Konzert ging zurück auf ein Gespräch unseres Bundesvorsitzenden Paffen mit unserem Kollegen Belke, einen solchen Konzertabend für die Bezirksvereine Dortmund und Münster gemeinsam auszurichten. Diese Anregung wurde freudig aufgegriffen und durch sehr guten Besuch belohnt. Unser Vorsitzender, Eberhard Heyd, konnte insgesamt 66 Mitglieder mit ihren Damen begrüßen, darunter wegen des winterlichen Wetters leider nur acht aus Dortmund. Das PETIT COLLÈGE des PRO MU-SICA Orchester Münster, dem unsere Kollegen Winfried Belke (Kontrabaß), und Gerhard Bültemann (Violine) angehören, bot einen reifen Vortrag der Solokonzerte des Barock und der Frühklassik von Johann Ludwig Bach (Ouverturen — Suite G-Dur), Georg Philipp Telemann (Konzert G-Dur für Bratsche und Streichorchester), Johann Sebastian Bach (Konzert für Violine, Oboe und Streichorchester e-moll) und Wolfgang Amadeus Mozart (Fagott-Konzert B-Dur, KV 191). Hier war lebendiges Musizieren hautnah zu erleben. Die Freude am Miteinander-Musizieren war spurbar und schloß die Zuhörergemeinde ein. Das war ein wahrhaft begeisternder Konzertabend. Dabei waren Ort und Zeit offenbar trefflich gewählt. Der historische Drostenhof bot einen gediegenen Rahmen und die Zeitlage am Freitag um 18.30 Uhr ermöglichte nach dem Konzert ein ge-

mütliches Zusammensein am Herdfeuer in einer münsterländischen Gaststätte bei echt westfälischem Abendbrot. Es war ein gelungener Abend, der sich würdig an den vorangegangenen Augustin-Wibbelt-Abend im Kunsthaus Angelmodde im Dezember 1987 anschloß.

Der Verfasser dieser Zeilen knüpfte an etwas länger zurückliegende Kontakte zu dem Publizisten, Rezitator und Herausgeber von Werken Augustin Wibbelts, Herrn Rainer Schepper, an. Herr Schepper ist der Vater unseres Kollegen Raimund Schepper. Herr Schepper sen. war seit langen Jahren mit dem humorvollen Dichter münsterländischer Mundart befreundet und hat nach dessen Tod das "Wibbelt Schränkchen", einen wesentlichen Teil des dichterischen Nachlasses neu herausgebracht und durch zahlreiche Vorträge u. a. im Haus Rüschhaus (Annette von Droste Hülshoff) bekannt gemacht. Der Rezitator sagte bald zu und das Kunsthaus Angelmodde, eine zu einer Cafeteria mit Galerie umgebaute Scheune im Ortsteil Angelmodde, wurde rasch als geeigneter Ort ausgemacht. Vorweihnachtlicher Tischschmuck mit Knabberwerk aus St. Nikolaus' Gabensack zauberte die richtige Atmosphäre für den Vortragsabend. Die rd. 40 Teilnehmer lernten so etwas von dem vergnüglichen, optimistischen Bauernpastor kennen, den Herr Schepper gekonnt in münsterländer Mundart, aber auch etwas hochdeutsch, vorstellte. Gemeinsam gesungene launische plattdeutsche Lieder lockerten den Abend auf.

Mit diesem Abend hatten wir zum ersten Male nach langer Zeit wieder den Versuch unternommen, die Witwen unserer verstorbenen Kollegen in unseren Kreis einzubeziehen. Die Einladung wurde zwar noch etwas zögernd angenommen; doch wollen wir uns mühen, den Versuch fortzusetzen.

Benno Leggewie

5. UND 6. FEBR. '88 BEIRATSSITZUNG IN DORTMUND



Zum Zeitpunkt der Auslieferung dieser Ausgabe unserer Zeitschrift liegt die Sitzung in Dortmund länger als zwei Monate zurück. Mittlerweile ist viel Wasser die Elbe hinuntergelaufen, die Entwicklung des alles beherrschenden Problems "Neustrukturierung der DBP" ist aus dem Stadium der Vermutungen, der Hoffnungen und Ängste zu einem vorläufigen Abschluß gekommen.

Die Bezirksvereine haben längst ein Ergebnisprotokoll der Beiratssitzung erhalten. So spricht alles für eine knappe Zusammenfassung

Zusammentassung.

Schmunzeln zu Beginn: der Vizepräsident der OPD Dortmund, Johann Paffen, begrüßte die Teilnehmer und wünschte dem Bundesvorsitzenden der VHP, Herrn Johann Paffen, und der Versammlung einen guten Beratungserfolg.

Als Gastredner konnte Herr Heinrich Höffgen, Bundesvorsitzender des Deutschen Postverbandes (DPV) begrüßt werden. Herr Höffgen referierte zu dem Thema: "Berufs- und Unternehmenspolitische Vorstellungen des DPV unter besonderer Berücksichtigung der Belange des höheren Dien-

stes."

Der DPV lehne die ins Auge gefaßte Trennung in Hoheits- und Geschäftsbereiche ab, weil man der Ansicht sei, daß die politischen Abhängigkeiten bestehen bleiben werden. Während die Regierungskommission eine Trennung von F und P emptohlen habe, gehe der Minister mit der beabsichtigten Herauslösung der Bankdienste aus dem Postbereich noch einen Schritt weiter. Wegen der in Art. 87 und 33 des Grundgesetzes verankerten Regelungen und Grundsätze bezeichnete der Gastredner das Vorhaben einer Dreiteilung der DBP als Etikettenschwindel. Bei einer weiterhin einheitlichen DBP sei zur Stärkung der F-Seite ein Personalausgleich innerhalb des Gesamtunternehmens auch einfacher, als ein Ausgleich zwischen mehreren Unternehmen. Außerdem bestehe die Gefahr, daß die Einvernehmensregelungen mit dem

BMF und BMI im wesentlichen bestehen bleiben. Dann könne aus der Marktöffnung der DBP nichts werden, dann sei die ganze Umstrukturierung des Unternehmens umsonst. Dies gelte auch dann, wenn gewisse Besserungen zugestanden würden wie z. B. Belohnungen, Überschreiten der Stellenobergrenzen, Zugeständnisse bei Rationalisierungserfolgen u. ä.

Eine 3-Teilung bringe auch 3 Personalvertretungen mit sich, unterschiedliche Tarife für das Personal würden sich er-

geben.

Zur "Marktöffnung" bedürfe es nicht der "Zerschlagung" der DBP. Die Marktöffnung sei auch mit gleicher, bestehender Organisationsform erreichbar. Auch müsse die gesamte Finanzkraft des Unternehmens im Auge behalten werden und zwar zum Finanzausgleich quer und zur Erhaltung der Investitionsaufgaben.

Im F-Bereich trete der DPV für die Erhaltung des Netzmonopols ohne Wenn und Aber ein, der Fernsprechhauptanschluß solle solange wie möglich Allein-

recht der DBP bleiben.

In der anschließenden Diskussion wurden Fragen erörtert wie: politische Lasten, Grünbuch der EG, Leistungs- und Kostenrechnung, Mehrwertsteuer, Gründung von Post-Töchtern, Verfassungsfragen.

Zur berufspolitischen Situation führte Herr Höffgen aus, innerhalb des Beamtenbundes wurde versucht, neue Wege

zu gehen:

 Abschaffen der Unterbewertungen
 Einstieg des höheren Dienstes in die B-Gruppen für die Leiter der großen Ämter P und F

 Wiedereinführung der Bewährungsbeförderung

Einbeziehen des höh. Dienstes in die Funktionsgruppenregelungen

- Zulage für Tätigkeiten auf höherwertigen Dienstposten

 Einbeziehen der Ortszuschläge Stufe I in das Grundgehalt.

Weitere Tagesordnungspunkte waren ein Bericht des Vorstandes, insbesondere über das Gespräch mit Bundesmi-

nister Dr. Schwarz-Schilling 16. 12. 1987 (s. hierzu VHP-Z. 6/87); über ein weiteres Gespräch mit führenden Herren der DPG Ende Januar 1988. Auch die DPG sieht Handlungsbedarf, es bestehe auch keine grundsätzlich negative Meinung zur Trennung von Hoheits- und Unternehmensaufgaben. Voraussetzung sei eine Ablösung der Einvernehmensregelung insbesondere mit dem BMI. Wenn auch in einigen Zielen Übereinstimmung zwischen den Auffassungen VHP — DPG festgestellt werden konnte, z. B. Einnahmesicherung, so wurden andererseits unterschiedliche Meinungen über die Wege zur Zielerreichung deutlich.

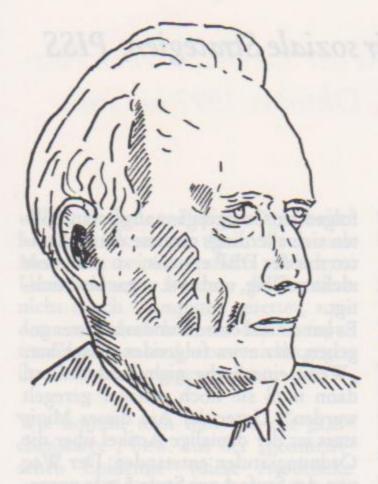
Die VHP hat einen Entwurf zur Funktionsgruppenverordnung mit Einbeziehung des höheren Dienstes erarbeitet. Dieser Entwurf wird dem BPM als Vorschlag der VHP zur Verfügung gestellt. Herr Goldammer hat das Ergebnis inhaltlich vorgestellt.

Erörtert wurden Antragsschwerpunkte für den Delegiertentag '88 in Koblenz, der Stand der Vorbereitungen zum DT '88 wurde vorgetragen. Insider wissen, daß in Koblenz Vorstandswahlen heranstehen. Natürlich waren sich abzeichnende Veränderungen im Bundesvorstand auch Diskussionsgegenstand. Hans Jürgen Schark

Fachgespräche am Rande der Tagung



KLEINE ANMERKUNGEN ZU GROSSEN DENKERN



Karl Jaspers: Das Umgreifende als Chiffre

Jaspers hat einmal gesagt: "Ruhe ist das Ziel alles Philosophierens!" An diese Erkenntnis hat er sich selbst aber (zumindest vordergründig) nicht gehalten, denn er betrieb seine Philosophie nie als Mittel zu einer genügsamen Zufriedenheit, sondern stellte sie zeitlebens mitten hinein in Tagesfragen. Mit Büchern wie "Die Atombombe und die Zukunft des Menschen" (1958) und "Wohin treibt die Bundesrepublik" (1966) wurde er als unbequemer Mahner bekannt. Unbeliebt machte er sich schon im Dritten Reich, da seine Lehre überhaupt nicht in das damalige System passte und Jaspers auch nicht bereit war, sich unterzuordnen. Aber auch heute noch wird er, der sich an den großen Meistern der klassischen Philosophie orientierte und es immer ablehnte, Philosophie als "exakte" Wissenschaft zu betreiben, von vielen verkannt, denen alles verdächtig vorkommt, was sich nicht empirisch beweisen läßt.

Der 1883 in Oldenburg geborene Karl Jaspers hat nicht Philosophie, sondern Medizin studiert. Ab 1916 lehrte er Psychologie in Heidelberg und erlangte Anerkennung mit Schriften über psychopathologische Themen. Dabei glitt er aber immer mehr in die Philosophie hinein, so daß er schon 1922 ordentlicher Professor für Philosophie in Heidelberg wurde. 1937 wurde er entlassen und 1938 erhielt er Publikationsverbot. Ausreisen durfte er nicht, weil seine Frau Jüdin war. Zum Helden wollte und konnte er nicht werden, da er gesundheitlich zeitlebens angeschlagen

war. Seine Krankheit zwang ihm ein geregeltes, überwiegend häusliches Dasein auf, das ihn allerdings nicht daran hinderte, trotzdem ungeheuer produktiv zu sein. Er mied größere Reisen, Gesellschaften und öffentliche Amter. Jaspers, der nach dem Krieg in Heidelberg wieder voll rehabilitiert war, einer der wenigen, die im Inland standhaft geblieben waren, dessen Vorlesungen jeweils große (und überfüllte) Ereignisse waren, nahm 1948 einen Ruf an die vergleichsweise bescheidene Universität Basel an, wo er bis zu seinem Tod (1969), zuletzt sogar als Schweizer Staatsbürger, blieb. Daß er Deutschland verlassen hat, nachdem ihm wieder alles zur Verfügung gestanden hätte, brachte ihm manchen Vorwurf ein. Mit seinen Schriften, Rundfunk- und Fernsehreihen jedoch blieb er in Deutschland präsent, was u. a. dazu führte, daß ihm 1958 in der Frankfurter Paulskirche der Friedenspreis des deutschen Buchhandels verliehen wurde. Die Gastvorlesungen, die Jaspers 1948

rufung führten, standen unter dem Titel "Der philosophische Glaube". Diese Vorlesung, die auch als Buch erschienen ist, steht im Zentrum seines Lebenswerks. Sie baut auf Erkenntnissen auf, die Jaspers in seinen großen Werken "Vernunft und Existenz" und "Existenzphilosophie" niedergelegt hatte. Der philosophische Glaube, so wie ihn Jaspers lehrte, geht davon aus, daß der Mensch, der etwas von sich selbst erkennen will, der über sich nachdenkt, dadurch selbst zum Objekt wird. Das, was nachdenkt, das Subjekt, erfährt sich selbst nicht, es muß also vom Ich als Objekt getrennt sein. Über dieser Spaltung muß im Sein des Menschen etwas Gemeinsames sein, etwas was das Subjekt (ich) und das Objekt (das bin ich) zusammenhalt. Jaspers nannte dies "das Umgreifende". Dieser Ausdruck kehrt bei ihm immer wieder. Man kann versuchen, diesen Begriff in einer Skizze zu erklären, was Jaspers selbst allerdings in seinem Buch nicht getan hat.

in Basel hielt und die dann zu seiner Be-

Aus dieser Grundannahme vom Um-

greifenden leitet Jaspers seine berühmten Kurzsätze ab, die zunächst plausibel und einfach klingen, die aber schwer nachzuvollziehen sind, denn sein gewaltiges Denkgebäude hat eherne Türen, die sich nicht leicht öffnen lassen. Einige Kostproben für solche Sätze (mit Uberleitungen): "Wir sind mögliche Existenz", wir müssen diese Möglichkeit ergreifen, dann gilt: "Das Sein ist Icherzeugnis". Diese Icherzeugnis bezieht sich auf das Ideelle, Geistige, Jenseitige, nämlich auf die Transzendenz. "Als Existenz bin ich, indem ich mich durch Transzendenz mir geschenkt weiß." Der Mensch, der sein Ich als Geschenk der Transzendenz versteht, hat den philosophischen Glauben. Jaspers drückt ihn so aus: "Glaube ist das Leben aus dem Umgreifenden, ist die Führung und Erfüllung aus dem Umgreifenden." Der zentrale Begriff in dieser Transzendenz ist auch für Jaspers Gott. Aber dieses Wort bezieht sich nicht auf etwas, was der Mensch wissen und erklären kann, dieses Wort "Gott" ist bei Jaspers nur ein Zeichen, eine Verschlüsselung, ein Hinweis, ein Symbol, es ist eine "Chiffre". Worte wie das Umgreifende, Transzendenz und Gott sind, da sie nur "Chiffren" sind, bei Jaspers teilweise austauschbar. "Daß der Mensch auf sich selbst steht, verdankt er einer ungreifbaren, nur in seiner Freiheit selber fühlbaren Hand aus der Transzendenz." Diesen Inhalt beschreibt Jaspers auch mit anderen Worten: "Wo der Mensch aus der Tiefe entschieden ist, glaubt er Gott zu gehorchen, ohne in objektiver Garantie zu wissen, was Gott will." Ein solcher philosophischer Glaube

VHP 2/88 19

existiert ohne Institution, ohne My-

then, ohne Kultus, ohne Dogmen und

vor allem ohne jeden Ausschließlich-

keitsanspruch. Er bleibt abstrakt. An-

dererseits läßt er "den Raum für Reli-

gion frei". Denn auch Jaspers weiß, daß

es nicht genügt, wenn der Mensch sein

Verhaltnis zur Transzendenz einzig

und allein auf sich selbst bezieht. Der

DIE ÜBERWINDUNG DER ORDNUNG

Ein Forschungsbericht des psychologischen Instituts für soziale Strategien, PISS

Vor sieben Jahren erschien in der VHP-Zeitschrift (Heft 3/81) ein Artikel von Frieder Lauxmann mit dem Titel: "Organisierte Querschnittslähmung". Dieser Autor, der den Fehler begeht, vieles was er schreibt, jeweils sieben Jahre zu früh zu veröffentlichen, hat das PISS wissen lassen, daß er auch diesmal bedauere, den Beitrag über die organisierte Querschnittslähmung nicht erst jetzt herauszubringen. Seine Ordnungstheorie war damals noch ohne Beweis geblieben. Jetzt ist er möglich. Zur Wiederholung hier nochmals die Stufen der Ordnung aus dem Artikel von 1981:

1. Chaos:

Es findet sich keiner zurecht. Aber das Suchen macht den Leuten Spaß.

2. Primitive Ordnung:

Sie kann verbessert werden. Nur die wesentlichen Dinge erhalten ihren Platz. Das Einordnen wird zum Motivations- und Streßfaktor.

3. Fortgeschrittene Ordnung:

Sie trägt schon mehr zur Beruhigung bei. Man weiß, was geschehen kann und darf. Ihre Unvollkommenheiten lassen sich durch menschliches Miteinander ausgleichen, da das, was noch zu suchen, zu ordnen und zu improvisieren ist, die Leute voneinander abhängig macht. Ohne Geben und Nehmen, ohne Bitten und Danken würde eine solche Ordnung nicht funktionieren.

4. Komplette Ordnung:

Für sie gilt der Grundsatz, wo alle Dinge geordnet sind, sind auch unwesentliche Dinge geordnet. Und wo unwesentliche Dinge geordnet sind, verliert man den Uberblick. Eine Ordnung, die nicht mehr überschaubar ist, zerfällt. Die Mitarbeiter der Totalordnung reden und arbeiten nicht mehr aus sich heraus, weil ihr Inneres die Ordnung nicht mehr nachvollziehen kann, sondern sie versuchen, sich an der Ordnung selbst zu orientieren, um zu überleben. Die Menschen in einer solchen Ordnung reagieren wie Hennen in einer Legebatterie. Sie legen zwar Eier, aber sie wissen schon längst nicht mehr, wovon sie gackern. Ihre Aggressionen werden nicht bemerkt und nicht ge-

5. Leichenstarre, geometrische

Epidemie:

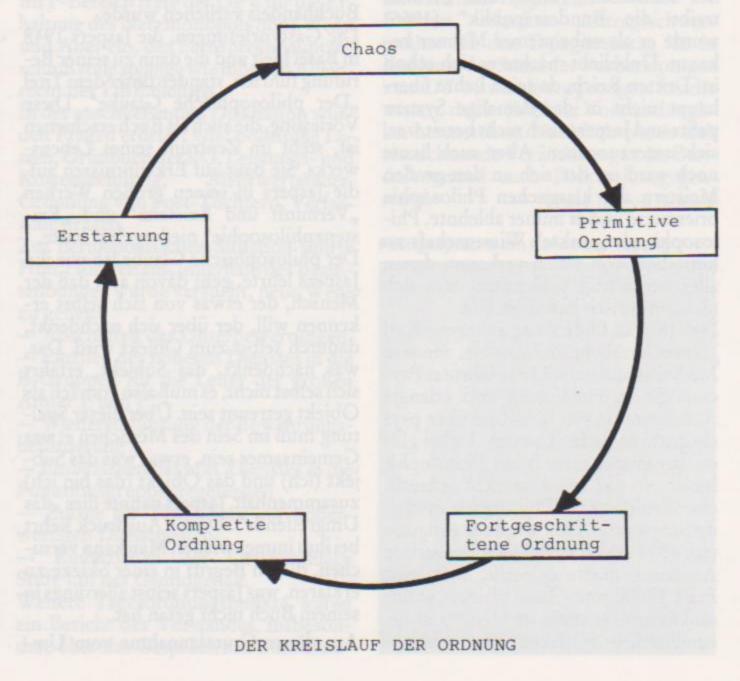
Das Unternehmen besteht noch, ist aber innerlich abgestorben, weil seinem menschlichen Inventar keine menschlichen Reaktionen mehr abverlangt werden.

6. Chaos: s. o.

Bis hierher also die damalige Ordnungstheorie. Inzwischen kann man feststellen, daß eine Organisation sich nur dadurch fortentwickeln kann, daß sie von Stufe 5 zu Stufe 6 fortschreitet. Da die Untersuchungen des PISS sich nicht speziell auf die Deutsche Bundespost beziehen (ein entsprechender Forschungsauftrag liegt nicht vor, weil das PISS weder in amerikanischen Händen liegt, noch über eine amerikanische Firmenbezeichnung verfügt), gilt das im folgenden Gesagte ganz allgemein. Sollten sich allerdings gewisse Ähnlichkeiten mit der DBP ergeben, so sind diese nicht zufällig, und evtl. sogar beabsich-

tigt.

Es hat einmal einen Bundesminister gegeben, der etwa folgendes gesagt hat: "Wenn eine Sache nicht funktioniert, dann muß sie noch genauer geregelt werden". Unter der Ara dieses Ministers ist der damalige Artikel über die Ordnungsstufen entstanden. Der Weg von der Stufe 4 zur Stufe 5 war vorgezeichnet, in Teilbereichen war die Stufe 5 schon erreicht. Das Unternehmen blieb nur dadurch am Leben, daß Dienstanweisungen wie z. B. eine "Zuständigkeitsordnung" oder ein grüner Plastikordner mit einer bis ins letzte geregelten "Programmabwicklung" nicht ernst genommen wurden. Die "Leichenstarre" wäre aber eingetreten, wenn man tatsächlich mit solchen und



ODER: DAS STRATEGISCHE CHAOS

vielen ähnlichen Papieren gearbeitet hätte. Es ist immer fatal, wenn sich Menschen bei Computern anbiedern. Unternehmen werden bekanntlich nicht durch Computer gerettet, sondern von Menschen, die den Computern überlegen sind, womit nichts gegen ihre Verwendung gesagt ist.

Wie kommt man nun aus der "Leichenstarre", bzw. aus der "geometrischen Epidemie" (diese Ausdrücke stammen übrigens aus Robert Musils Roman: "Der Mann ohne Eigenschaften") wieder heraus? Forschungen des PISS hatten folgendes Ergebnis: Die Reihenfolge der Ordnungsstufen ist zwingend! Das Unternehmen, bzw. die Spitze der Organisation bestimmt zwar das Tempo, aber es gibt keinen Weg zurück. Man kann allenfalls das Fortschreiten von Stufe 3 zu Stufe 4 wenn schon nicht verhindern so doch stark verlangsamen. Aber es führt kein Weg zurück von der kompletten Ordnung zur fortgeschrittenen. Was folgt, ist das Chaos. Man darf dieses Wort nicht als gleichbedeutend mit einer Katastrophe ansehen. Auch unsere Welt entstand schließlich aus einem völlig ungeordneten Zustand. Man kann es etwa so vergleichen: der Humus ist das Chaos, die Pflanze die Ordnung. Aber jede Pflanze macht vom Keim bis zum Absterben eine Entwicklung durch. In der Evolution hat sich gezeigt, daß es ebenfalls kein Zurück gibt. Spätestens seit Darwin wissen wir, daß höhere Arten aus niederen entstehen, daß aber noch nie ein Beweis für eine Entwicklung gefunden wurde, in der das Umgekehrte geschehen wäre, von einzelnen, übrigens noch ungeklarten Atavismen abgesehen. Es ist also eine Illusion, zu glauben, man könne ein Überkompliziertes Unternehmen wieder in ein weniger kompliziertes zurückführen. Das ware so, wie wenn man meinen könnte, es gebe eine Entwicklung vom heutigen Menschen zurück zum Neandertaler. Die Uhrzeiger der Evolution drehen sich nur in einer Richtung. Niedrige Ordnungen sind nie das Ergebnis einer Rückentwicklung, sie wachsen von unten nach.

Für menschliche Organisationen und Unternehmen kann man annehmen, daß die Dinge ähnlich gelagert sind. Staaten und Unternehmen kommen und gehen. Ohne Gewalt, ohne Absterben hat sich noch nie eine Hochkultur in einen Agrarstaat zurückentwickelt. Es gab Evolutionen und Revolutionen aber noch nie eine "Devolution". Die niederschmetternde Folge dieser Erkenntnis ist: wenn die Ordnung ein Maß angenommen hat, das zur Erstarrung führt, gibt es nur einen Weg, man muß sie zerstören. Unter dieser Prämisse fanden vermutlich alle Revolutionen statt. Die nächste Frage stellt sich sofort: Kann man eine Ordnung vernichten und gleichzeitig das Unternehmen damit retten? Kann man also Ordnung und Unternehmen so weit trennen, daß man nur die Ordnung, mit ihr nicht aber auch das Unternehmen zerstört? Das PISS beabsichtigt, die Antwort auf diese Frage in wiederum sieben Jahren zu veröffentlichen. Sie befindet sich (diesmal) im Tresor des Instituts.

Als Sofortmaßnahmen im Rahmen eines strategischen Chaos empfiehlt das PISS folgendes:

Man kündigt an, die Organisation grundlegend umzubauen. Das löst auf der einen Seite Hektik auf der anderen Lethargie aus. Damit ist die erste Voraussetzung für das Chaos geschaffen.

Man führt bestehende Bestimmungen ad absurdum, indem man sie nicht aufhebt, aber verlangt, sie nicht anzuwenden.

Man setzt die hierarchische Struktur insoweit außer Kraft, als man von der unteren Ebene etwas verlangt, was die mittlere Ebene eigentlich nicht zulassen dürfte.

Man fordert die untere Ebene auf, mit Mitteln zu arbeiten, die ihr im Rahmen

Vergiß Leprakranke nicht!

S DAHW

Deutsches Aussätzigen-Hilfswerk e.V.

Spendenkonto: 9696

Postscheck Nürnberg (BLZ 760 100 85) Städt. Spark. Würzburg (BLZ 790 500 00)

der bisherigen Ordnung ausdrücklich verwehrt sind. Etwa so: Man befiehlt dem Knecht, den Stall auszumisten, hat ihm aber vorher die Mistgabel weggenommen. So etwas fördert die Kreativität.

5. Man stellt Belohnungen in Aussicht, von denen niemand weiß, wie er sie sich verdienen kann.

Diese kleine Auswahl mag genügen. Das Chaos ist natürlich nicht der Endzweck einer solchen Kur, es hat lediglich die Aufgabe, die Totalordnung zu zersetzen. Aus dem so entstehenden Nährboden müssen dann neue Ideen und Impulse hervorwachsen.

Da der Altmeister Goethe dies alles auch schon wußte und noch besser sagen konnte, soll er hier abschließend zu Wort kommen (mit der letzten Strophe seines Gedichts "Eins und Alles").

... Es soll sich regen, schaffend handeln, Erst sich gestalten, dann verwandeln; Nur scheinbar steht's Momente still. Das Ewige regt sich fort in allen: Denn alles muß in Nichts zerfallen, Wenn es im Sein beharren will. F. Lx.

GRAZ...HAT'S

8. Bundestreffen des Verbandes der Akademikervereine der österreichischen Postund Telegraphenverwaltung (VAPT) vom 22. bis 25. Oktober 1987 in Graz

Graz... hat's, so der Slogan des Grazer Verkehrsvereins, von dessen Sinngehalt wir uns vor Ort überzeugen konnten. Übrigens, was sich dahinter verbirgt, können Sie von jedem Btx-Terminal aus, unter den Seiten *50 100 66 # ff nachsehen.

Die VHP war zahlreich repräsentiert; zum einen durch den Bundesvorstand, zum anderen durch die Delegation der "Bayrischen Bezirksvereine". Beide Gruppierungen haben inzwischen fast verwandtschaftliche Beziehungen zu den österreichischen Kollegen mit ihren Familien. Die Bezirksvereine des "Freistaates" treffen sich auch zwischen den alle zwei Jahre stattfindenden Bundestreffen mit den benachbarten "Bezirksvereinen der Alpenrepublik" regelmäßig. Das geht in letzter Zeit schon so weit, daß der Bundesvorstand bei der Wahl der Sitzungstermine für den Beirat darauf Rücksicht genommen hat. Was tut man nicht alles für die liebe Verwandtschaft (im Süden Europas).

Der VHP-Bundesvorstand war vertreten durch die Kollegen Paffen, Jeromin, Blankenstein und Hufnagel (FITCE). Die Bayern — angeführt von Präsident Kronthaler mit Gattin — kamen mit Bell, Hartung, Süß (München); Unglaub (Nürnberg); Bauer, Haarer, Schöberl (Regensburg). Einschließlich der Begleitung ergab das eine Delegation mit 24 Personen. Und von einigen Kollegen ist dem Verfasser bekannt, daß sie ebenfalls gerne gekommen wären, wenn nicht dienstliche Termine dem entgegengestanden hätten.

Spätestens an dieser Stelle muß es geschrieben werden: "Dank gilt den österreichischen Kollegen für die hervorragende Organisation und die herzliche Gastfreundschaft!" Stellvertretend für die vielen vielen Helfer seien hier namentlich genannt: Dipl.-Ing. Friedrich H. Mahofsky (Vorsitzender des Dachverbandes VAPT), Mag. jur. Anton (Toni) Tettinek (jetzt Stellvertretender Vorsitzender VAPT), Dr. Herbert Stelzer (Vorsitzender des "Bezirksverein" VA Graz) und Dipl.-Ing. Franz Lesar (Stellvertretender Vorsitzender VA Graz). Man spürte, daß die Grazer Kollegen die Unterstützung ihres Präsidenten Dr. Binder hatten, auch ihm sei an dieser Stelle gedankt. Kurz und gut, nicht nur Graz...hat's, auch der VA/VAPT...hat's.

Der Ablauf des Bundestreffens hat, ähnlich wie unsere Delegiertentage ein inzwischen bewährtes Schema:

Erster Tag: Ankunft der Gäste, Begrüßungsabend und Empfang beim Bürgermeister der gastgebenden Stadt. Die offiziellen Reden werden relativ kurz gehalten, dafür aber eine recht spannende, weil originelle und witzige, Zeremonie des Überbringens der Gastgeschenke an die Veranstalter.

Zweiter Tag: 8.30 Uhr (!) Musikalischer Empfang durch die Postmusik (der jeweiligen Direktion) vor historischer Kulisse — in Graz war es der Landhaushof. Anschließend - und dies wurde besonders positiv vermerkt - für alle Teilnehmer am Bundestreffen eine Stadtführung, die in dem Empfang beim Landeshauptmann (Ministerpräsident) der Steiermark mündete. Um 13.30 Uhr trennten sich dann die Wege der "Arbeiter" und der Begleiter/innen in die Arbeitssitzung bzw. zum Steirischen Glaskunstzentrum und zu einem Glasmuseum. Am Abend dieses Tages stand dann noch ein gemeinsamer Theaterbesuch im Rahmen des "steirischen herbstes 87" zur deutschsprachigen Erstaufführung von "Lenkas Hochzeit" von Rudi Seligo auf dem Programm. Bis spät in die Nacht mußten noch viele Teilnehmer den Eindruck dieses überaus modernen Stückes mit gutem trockenen (glykolfreien!) Steirischen Wein "verdauen".

Dritter Tag: Vormittags Fortsetzung der Arbeitssitzung. Nachmittags — und dies ist der gesellige Höhepunkt jedes Bundestreffens — Abschlußfahrt mit Postautobussen über fünf verschiedene Routen zu einem gemeinsamen Treffpunkt, wo dann bis in den frühen Morgen des vierten Tages kommuniziert wird. Nach einer kurzen Nachtruhe heißt es dann am

Vierten Tag, dem Sonntag, um 9.00 Uhr bereits Abschied zu nehmen mit dem Versprechen, sich in zwei Jahren wiederzusehen.

Was tat sich berufspolitisch beim 8. Bundestreffen der VAPT in Graz? "Liberalisierung und Privatisierung" (!) war das Leitthema dieser Tagung. Da sich die Ankunft des Generaldirektors verzögerte und der Bundesminister DKfm Dr. Rudolf Streicher plötzlich absagen mußte, ergab sich für den VHP-Bundesvorstand die Möglichkeit, gewissermaßen als Einstimmung in das Thema, die entsprechenden Überlegungen in der Bundesrepublik Deutschland darzustellen. Bundesgeschäftsführer Wolfgang Blankenstein sprach in einem improvisierten Vortrag über die Eckpunkte des Berichtes der Regierungskommission Fernmeldewesen zur Neuordnung der Telekommunikation im Bereich der Deutschen Bundespost. Diese Ausführungen wurden mit großem Interesse aufgenom-

Frau Paffen vor dem Grazer Glockenturm



Generaldirektor Ing. Dr. Josef Sindelka referierte dann zum Thema "Liegt die Zukunft in der Liberalisierung?" Seine Ausführungen auf einen (verkürzten) Nenner gebracht, mündeten in der Feststellung: "So monopolitisch wie möglich, so liberal wie nötig!" Er wolle die Liberalisierung nicht als Programm, sondern als Reaktion auf die Markterfordernisse verstanden wissen, sagte

Dr. Sindelka.

Prof. Dr. Herbert Kraus (Österreichische Akademie der Führungskräfte) sprach über "Liberalisierung und Privatisierung im Spannungsfeld von Politik, Zweckmäßigkeit und Sicherheit". Zwei Zitate mögen hier einen Eindruck des Kerns seiner Aussagen wiedergeben: "- In Afrika wächst eine Gazelle in dem Bewußtsein auf, daß sie schneller laufen muß als der schnellste Löwe, da sie sonst den Tag nicht überlebt.

- In Afrika wächst ein Löwe in dem Bewußtsein auf, daß er schneller laufen muß als die schnellste Gazelle, da er sonst verhungert.

- Lernen wir laufen, damit wir überleben!"

Prof. Kraus beendete seine Ausführungen mit der Feststellung: "Forcieren wir die innere Liberalisierung (im Unternehmen), dann brauchen wir die äußere Liberalisierung (qua Deregulierung) nicht zu fürchten."

Fazit für den Betrachter aus dem bundesdeutschen Ausland: Auch in Osterreich macht man sich fit für den Telekommunikationsmarkt von morgen. Nur, man geht das Thema nach meinem Eindruck von allen Seiten nicht ganz so "preußisch-verbissen" an - hier könnten wir von unseren österreichischen Nachbarn lernen. Denn Osterreich ... hat's, Graz ... hat's - Geist und Herz!

Wolfgang Blankenstein